

GEDENKDIENST

Zivilersatzdienst - Holocaust-Education - Europäischer Freiwilligendienst

No 1/09

Schwerpunkt
**AKTIV
GEGEN
RECHTS**

Inhalt

Schlag auf Schlag	2
Die extreme Mitte. Notizen zum politischen Charakter von Jörg Haider	3
Antirassistische Arbeit als Privileg? Ein Gespräch	4
„Arbeit und Moral, statt Gier und Kapital“!? Die extreme Rechte entdeckt die Kapitalismuskritik wieder	6
Was gibt's an Politik zu lernen?	7
„Jasenovac und Gradiška Stara...“	8
Denunziation in der Steiermark 1938 - 1945	9
Film: „Defiance“	10
vor.gelesen rezensionen	11

setzten in den ersten Jahren in vielen Bereichen lediglich durch, was Vorgängerregierungen mit den klassischen Spielregeln bürgerlicher Politik nicht umzusetzen vermochten.

Wer wählte die Nazis?

Obwohl die Völker letztlich des Nazifaschismus Herr wurden, warnte der deutsche Dichter Bertolt Brecht im Epilog seines „Aufstieg des Arturo Ui“ vor frühzeitigem Triumph: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das krocht!“ Eine solch kontextuale Geschichtssicht, die auch auf historische Kontinuitäten in den postfaschistischen Gesellschaften Europas hinweist, befindet sich heute jedoch in einer Minderheitenposition. In der Hauptströmung öffentlicher Vergangenheitsrezeption in Bezug auf den Machtantritt der NSDAP tradiert sich hingegen eine interessante Unrichtigkeit: Die Wirtschaftskrise habe ein Heer von Arbeitslosen hervorgebracht, die dann mangels Alternativen und aus Verzweiflung die Nazis gewählt hätten, so eine weitverbreitete Meinung. Vielmehr zutreffend ist jedoch, dass arbeitslos gewordene ArbeiterInnen und das Industrieproletariat weitgehend linke Parteien wählten und auch deklassierte Teile der unteren Mittelschicht nicht signifikant der NSDAP zuliefen. Obwohl der Historiker Thomas Childers von der University of Pennsylvania bereits 1983 in seinem Buch „The Nazi Voter“ festhielt, dass die Nazis ihren WählerInnendurchbruch innerhalb des etablierten Bürgertums und im Handwerksmilieu verzeichneten, ist die weitverbreitete Rezeption des gesellschaftlich marginalisierten Nazi-Wählers

Fortsetzung auf Seite 2

Kniefall vor Rechts?

Unser Bild von Adolf Hitler ist sicherlich eher das des starken „Führers“ als jenes des braven Schuljungen, der unterwürfig vor Reichspräsident Paul von Hindenburg steht. Dabei hatte Hitler nach den Reichstagswahlen vom November 1932 allen Grund zu dieser Unterwürfigkeit: Die NSDAP erreichte zwar ein Drittel der Stimmen, das war allerdings doch weit von einer absoluten Mehrheit entfernt und bedeutete einen gewaltigen Stimmenverlust gegenüber den Wahlen gut drei Monate davor, während auf der anderen Seite die Kommunistische Partei weitere Prozente zulegen konnte. Vielleicht sollte es für die NSDAP die letzte Möglichkeit darstellen, an die Macht zu gelangen. Gerade die Angst vor weiteren Zugewinnen der KommunistInnen mag Teile der alten Machtelite, die Hitler zum Teil als „zu radikal“ erachteten, bewogen haben, auf die NSDAP zu setzen, die sie zu steuern und zu beeinflussen trachteten. So sollten wieder „geordnete Verhältnisse“ geschaffen werden. Hitler musste also das Bild des berechenbaren, rationalen, steuerbaren Politikers vermitteln. Am 30. Januar 1933 wurde er von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt – bevor die NSDAP die Macht tatsächlich ergriff, wurde sie ihr von den Eliten der Weimarer Republik übertragen.

„Recht und Ordnung“

Auch heute schlägt uns unsere Vorstellung oft ein Schnippchen, wenn wir an „die Rechte“ oder an „Rechtsradikalismus“ denken. Wir denken dabei vielleicht an jugendliche Glatzköpfe in Springerstiefeln, aber nicht in erster Linie an einen dritten Nationalratspräsidenten, der souverän die Geschäfte des vom Volk gewählten Souveräns führt, obwohl er Mitglied in einer rechtsextremen Burschenschaft ist. „Rechts“, „extrem“ und „radikal“ bezieht sich ja immer auf eine gesellschaftliche Mitte und diese hat (wie Franz Schandl in seinem Artikel auf Seite 3 nachzeichnet) in Österreich selbst schon eine Radikalität erreicht, die es schwer macht, auf der Fahrbahn des politischen Mainstream rechts abzukommen. Da ein gewisser Herr Landeshauptmann das dennoch bis zuletzt immer wieder geschafft hat, mag es wenig verwundern, dass selbst radikale Vorschläge der „gesellschaftlichen Mitte“ hierzulande kaum auf Empörung stoßen. Der Ruf des steirischen ÖVP-Klubobmannes Christopher Drexler nach einem verpflichtenden Sozialdienst für Langzeitarbeitslose sorgte im August 2005 etwa



Adolf Hitler begrüßt Paul von Hindenburg am 30. Jänner 1933 in Berlin.
Federation Nationale des Deportes et Internes Resistants et Patriotes, Paris

kaum für Empörung und schon gar nicht zu einer Distanzierung der eigenen Partei. Letztere erwog in einem Papier ihres Bundesvorstandes vom Jänner 2008 dann sogar allen Ernstes Erziehungscamps für straffällig gewordene Jugendliche.

Wenn derartige Vorstöße in unserer Gesellschaft mit dem heutigen Wissensstand weitgehend unkommentiert bleiben können, verwundert es dann, dass vor sich vor 80 Jahren kaum Widerstand gegen die Errichtung eines Lagers für straffällig gewordene „Kriminelle“ und für vom Regime als „asozial“ angesehene Langzeitarbeitslose regte? 300 von ihnen waren es ursprünglich, die von der „Inspektion der Konzentrationslager“ dazu gezwungen wurden, das Konzen-

trationslager Mauthausen zu errichten. Auch in Deutschland verfolgten Regierung und NSDAP mit der Errichtung der Konzentrationslager ab 1933 neben dem Brechen des politischen Widerstandes vor allem das Ziel, die hohe Kriminalitätsrate der frühen 1930er Jahre zu senken. Dass es ihnen u.a. mit dieser drakonischen Maßnahme gelang, bis 1936 die Kriminalitätsrate auf das Vorkriegsniveau zu senken, mag ein wesentlicher Grund dafür gewesen sein, dass es den Nazis gelang, einen so großen Teil der deutschen Bevölkerung der Zwischenkriegszeit hinter ihrer Politik zu versammeln.

Dabei zeigt sich aber auch, wie sinnentleerend es sein kann, diese Politik als „radikal“ zu klassifizieren: Die Nazis

Fortsetzung von Seite 1

bemerkenswert: „Nazis“ und „rechts“ sind „die am Rande“ der Gesellschaft. Dabei brauchte Hitler jene gesellschaftliche Mitte, aus der auch die führenden Köpfe seiner Nazi-Partei kamen: ihm musste von den alten Machteiliten ein Regierungsbildungsauftrag erteilt werden und die NSDAP brauchte Koalitionspartner. Es sollte nicht vergessen werden, dass sich rechts- und nationalkonservative Kräfte dafür eifrig zur Verfügung stellten und die NSDAP in dieser Koalitionsregierung ursprünglich nur drei von 13 Ministerposten besetzte (Adolf Hitler, Wilhelm Frick, Hermann Göring).

Gewiss: Geschichte wiederholt sich nicht als Kopie. Wie immer das Wähler-

Innenklientel von Parteien, die als „rechtsextrem“ eingestuft werden können im Detail aussehen mag – Stärke beziehen sie v.a. über die Akzeptanz ihrer Ideen weit über ihre eigene Wähler-Innenschaft hinaus. Die Wahl von Martin Graf durch den Nationalrat als dessen dritten Präsidenten, die oben zitierte Erwägungen der ÖVP, das Zustandekommen der Koalitionsregierung Schüssel 2000 – 2007, sowie der Anstandsverlust, dem sich alle Parlamentsparteien im Zuge des selbstverschuldeten fahrlässigen Unfalls von Jörg Haider schuldig machten, sind nur einzelne Beispiele dafür, wie sehr „rechtsextremes“ Gedankengut die „Mitte“ der Gesellschaft erfasst hat oder dort zumindest Akzep-

tanz erhält. Entgegen totalitarismustheoretischen Vorstellungen, die in erster Linie Faschismus und Kommunismus als totalitäre Gefahren für die bürgerliche Demokratie und die Mitte der Gesellschaft gleichzusetzen versuchen, stellt sich die Frage: Wer schützt uns vor der radikalen Mitte?

In Zeiten einer wirtschaftlichen, aber auch demokratiepolitischen Krise ist diese Frage besonders von Brisanz – auch wenn sich der Ziehvater des österreichischen Rechtsextremismus endgültig dafür entschlossen hat, auf Kärntner (Wahl-)Heimaterde zu verweilen. Auf welche Optionen wird „die Mitte“ in einer solchen Krisensituation setzen?

Für überzeugte AntifaschistInnen darf dies keine passive Abwartehaltung bedeuten. Der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein. Es geht darum, trag- und mehrheitsfähige gesellschaftliche Lösungen anzubieten und in der Praxis durchzusetzen. Das setzt aber auch eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Politik der letzten Jahre voraus.

Konstantin Wacker

leistete 2007/08 Gedenkdienst am US Holocaust Memorial Museum in Washington, DC und studiert VWL auf der Universität Wien

Schlag auf Schlag

Nicht nur bei politischen Wahlen erstarkt derzeit die extreme Rechte. Auch außerhalb der Parlamente treten Neonazis offener auf, die rechtsextremen Straftaten häufen sich. Nachfolgend eine kurze Chronologie der wichtigsten Übergriffe durch Neonazis in den letzten Monaten in Österreich.

Krumpendorf, Kärnten

Am 20. September 2008 griffen verummte Neonazis eine antifaschistische Kundgebung in Krumpendorf (Kärnten) an. Ein ungefähr fünfzehn bis zwanzig Personen starker Schlägertrupp attackierte die TeilnehmerInnen der Kundgebung, während sie sich an einem Steg am Ufer des Wörthersees sammelte. Die Angreifer schlugen und traten auf die DemonstrantInnen ein, warfen sie zu Boden oder gegen Holzwände. Einige AntifaschistInnen wurden mit Verletzungen an Kopf und Armen ins Krankenhaus gebracht. Der Kommentar eines Polizisten nach dem Vorfall: „Vielleicht waren es ja eure eigenen Leute, schau’n ja alle gleich aus.“

Braunau, Oberösterreich

Ungefähr fünfundzwanzig Neonazis versuchten am 24. Oktober in Braunau, sich Zugang zu einem Konzert der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ) zu verschaffen. Die Ordner hielten sie vom Betreten des Lokals ab. Die Rechtsextremisten waren mit Bierflaschen, Handschuhen, Stahlkappen-

schuhen und Motorradhelmen auf gewalttätige Auseinandersetzungen vorbereitet. Die daraufhin gerufene Polizei nahm lediglich die Personalien von drei Neonazis auf, des Weiteren unterließ sie es, für die Gruppe ein Platzverbot auszusprechen oder Beamte zum Schutz der KonzertbesucherInnen abzustellen.

Wien

Um 00:20 in der Nacht von 25. auf 26. Oktober stürmten rund zehn Neonazis in das Lokal des linken, antifaschistischen Kulturvereins W 23 in der Wiener Wipplingerstraße. Sie begannen wahllos auf die zu einem Fest versammelten Gäste einzuprügeln, warfen Sesseln und Tische. Durch die besonnene Reaktion der Angegriffenen konnte jedoch Schlimmeres verhindert werden. Schnell gelang es den Anwesenden, die Nazis hinauszu drängen – dadurch nahm der Vorfall ein relativ glimpfliches Ende. Zwei Leichtverletzte und geringer Sachschaden waren zu beklagen.

Wenige Tage darauf ereignete sich im Rahmen von Demonstrationen gegen die Wahl von Martin Graf zum dritten Nationalratspräsidenten erneut ein Zwischenfall. Die DemonstrantInnen zogen friedlich von der Universität Wien vor das Parlament. Der Protest fand ein Ende, als mehrere rechtsextreme Jugendliche, darunter zumindest zwei Mitglieder der Burschenschaft Olympia, die Kundgebung attackierten.

Am 17. November fand im Wiener K.u.K.-Hotel Maria Theresia die Präsentation des Buchs „MenschInnen“ von der niederösterreichischen FP-Landes-

rätin Barbara Rosenkranz statt. Sieben AntifaschistInnen versuchten die Veranstaltung zu besuchen, wurden jedoch von Sicherheitskräften am Betreten des Veranstaltungsraums gehindert. Anschließend attackierten ungefähr zwanzig Neonazis und Burschenschafter die BesucherInnen. Hotelangestellte und anwesende Gäste sahen tatenlos zu.

Doch worin besteht der Grund für den Anstieg rechten Aktivitäten? Liegt ein Zeuge des Angriffs auf die W 23 richtig, der meinte, dass dieser Vorfall die zunehmende Radikalisierung der extremen Rechten in Österreich belege? Laut einem Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands (DÖW) spielen mehrere Faktoren zusammen eine Rolle: Die allgemeine Haltung der Bevölkerung zur Zuwanderung und die zunehmende AusländerInnenfeindlichkeit könnten sich in vermehrten Aktivitäten rechtsextremer Gruppen niederschlagen. Eine hohe Signalwirkung gehe vom Wahlerfolg rechter Parteien bei JungwählerInnen aus. Darin und in den Auswirkungen der Wirtschaftskrise sähen die Rechtsextremen Chancen für ihre Propaganda.

Als Beispiele für rechtsextreme Übergriffe wurden hier nur Ereignisse angeführt, bei denen Menschen körperlicher Schaden zugefügt wurde – Morddrohungen und Sachbeschädigungen, die sich in den letzten Monaten ereigneten, sind nicht aufgelistet.

Eine Sachbeschädigung soll jedoch nicht unerwähnt bleiben: Über Nacht hatten bis Redaktionsschluss unbekannte TäterInnen die Außenmauer der Gedenkstätte Mauthausen in etwa 70 Zentimeter großen Buchstaben mit dem Spruch

„Was unseren Vätern der Jud ist für uns die Moslembrut. Seid auf der Hut! 3. Weltkrieg – 8. Kreuzzug“ beschmiert.

Diese Tat nimmt eine herausragende Stellung ein, da die Schändung eines derart wichtigen Gedenkortes darauf schließen lässt, dass das Selbstbewusstsein der RechtsextremistInnen in größerem Ausmaß gestiegen ist.

Lukas Strasser

leistete 2009/10 Gedenkdienst im Ghetto kämpfermuseum in Akko

Impressum

Medieninhaber: GEDENKDIENT – Zivilersatzdienst – Holocaust-Education – Europäischer Freiwilligendienst, A-1010 Wien, Rabenstein 3/18, tel +43 1 581 04 90 fax dw -90, office@gedenkdienst.at, BAWAG, BLZ 14 000, Kto. 02010607593, DVR 003506
Obmann: Florian Wenninger
Kassier: Ulrich Kopetzki
Schriftführer: Matthias Rest

Jede weitere Veröffentlichung bedarf der Zustimmung der AutorInnen. Die in den Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit den Positionen des Vereins Gedenkdienst ident sein.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Johannes Breit, Dario Brentin, Philipp Engel, John Evers, Christoph Fischer, Ulrike Fleschhut, Heimo Halbrainer, Till Hilmar, Johann Kirchknopf, Martin Krenn, Thomas Rennert, Matthias Rest, Franz Schandl, Tomáš Schoiswohl, Lukas Strasser, Konstantin Wacker
Redaktion: Konstantin Wacker
Layout: Ulrike Fleschhut

Impressum: Verleger/Herausgeber/Hersteller: GEDENKDIENT – Zivilersatzdienst – Holocaust-Education – Europäischer Freiwilligendienst A-1010 Wien, Rabenstein 3/18, tel & fax +43 1 581 04 90 Druck: simply more, Wien Erscheinungsort: Wien Auflage: 3500, Preis: € 0,75

Die extreme Mitte
Notizen zum politischen Charakter von Jörg Haider

Jörg Haider? Was war das? Jener ist zwar tot, aber das Staunen findet noch immer kein Ende. Vor allem das Begräbnis zeigte deutlich, wie sehr ihm dieses Land verbunden gewesen ist, und damit ist Österreich gemeint und nicht bloß das sonderbare Kärnten. Den Fall auf den Begriff zu bringen, das scheint nicht so richtig gelingen zu wollen.



Wird über Haider gesprochen, dann betonen die allermeisten stets den Dissens mit ihm und nicht den Konsens. Das ist schon etwas eigenartig, wenn man bedenkt, dass die Leitwerte, also die Bekenntnisse zu Privateigentum, Eigeninitiative, Arbeit, Leistung, Abendland und Marktwirtschaft, doch von Haider und all seinen Kontrahenten geteilt werden. Das ganze Arsenal der politische Mitte war also auch seines. Was ihn unterschied, war die rabiate Konsequenz, mit der er manches einforderte und vorantrieb.

Fassen wir einige typische Merkmale zusammen, die für Haider und die Freiheitlichen charakteristisch (gewesen) sind: Erstens: Eine stramme abendländische Ausgrenzungspolitik, die zwischen rabiatem Regionalismus, renoviertem Nationalismus und modernem Eurochauvinismus changiert: Ja zum Standort und zur Festung Europa, Grenzen dicht, Ausländer raus.

Zweitens: Ein Antikapitalismus des dummen Kerls: alle Verwerfungen werden personifiziert und bestimmten Gruppen („Sündenböcken“) angelastet: PolitikerInnen, BürokratInnen, Sozial-schmarotzer, SpekulantInnen, Banken, Gauner, Gratsflieger etc.

Drittens: Ein fanatischer, klassenübergreifender Glaube an die produktive und wertschöpfende Arbeit: In diesem Kult des kleinen Mannes darf der fleißige Inländer nicht um seinen Ertrag geprellt werden.

Aber in all diesen Punkten herrscht eine graduelle Differenz, die eine substanziale Identität nicht zudecken sollte. Schwarz-blau war kein Betriebsunfall und rot-blau wäre es ebenso wenig. Man sollte sich nichts vorlügen: Insoheim bewunderten viele, nicht nur FreundInnen, sondern auch GegnerInnen, dass es da einen gibt, der ausspricht, was sich viele korrekte DemokratInnen nie trauen. Das Spiel mit der gezielten Provokation

beherrschte keiner so wie Jörg Haider. Und das Publikum honorierte solch Verhalten. Es war dankbar für diese Art von Klartext, der da gesprochen wurde.

Die meisten WählerInnen wählen FPÖ und BZÖ nicht, weil sie auf die faschistischen Akzente setzen. Andererseits ist es ihnen auch egal, dass diese dort unzweifelhaft gepflegt werden. Sie sind weder FaschistInnen noch AntifaschistInnen, sie sind von der indifferenten Sorte, reichlich fragmentierte und diffuse Wesen, die auf kulturindustrielle Reflexe trainiert sind, somit gerne Stars anheimeln und Fans abgeben. Jörg war der ihre. Er showmasterte sie.

Fragmentiert war auch das Chamäleon selbst. Die Vorschläge waren oft kunterbunter Natur. Von allem etwas und für alle etwas, das ist das Erfolgsrezept der Haiderei. Laut Eigendefinition sah er die FPÖ als eine „christlich-sozial-demokratisch-liberale Kraft“. Das ist nicht so falsch, so obskur es auch auf den ersten Blick erscheint. Es war Häme, nicht Demagogie, wenn Haider davon sprach, dass sozialdemokratische und christdemokratische Parteien immer wieder Inhalte der Freiheitlichen übernehmen. Das, was Haider wollte, war gesellschaftlich nie isoliert, es reichte weit über das freiheitliche Potenzial hinaus.

Virtuos und rigoros

Die Zuordnung Jörg Haiders zum Rechtspopulismus ist zwar nicht falsch, aber sie ist unscharf. Denn populistisch ist Politik sowieso, ohne den kulturindustriellen Klamauk kann sie in der Medien- und Eventgesellschaft gar nicht existieren. Die Scheidung in gute DemokratInnen und böse Populisten ist daher eine wunderliche, vor allem wenn man bedenkt, dass beide Begriffe (einmal griechisch und einmal lateinisch) das Gleiche ausdrücken. Haider hat diese

populistische Politik nur sehr virtuos gehandhabt und rigoros ausgelebt.

Der Rechtsextremismusbegriff hingegen, der führt, abgesehen davon, dass er aus der unseligen Totalitarismustheorie rührt, in die Irre. Er suggeriert die Gefährlichkeit von Rändern, von linken und rechten Extremismen, während die politische Mitte sozusagen als gemäßigte und extremismusfreie Zone durchgeht. Diese krude Betrachtung ist in ihrem systemkonformen Credo zutiefst ideologisch. Sie schließt in ihrer (links-)liberalen Sichtweise gerade jene aus dem System aus, die es am radikalsten verkörpern.

Dürrtige Analysen versteifen sich in Analogien auf bestimmte Sequenzen und meinen, daraus ein Charakteristikum ableiten zu können. Belege für dies und jenes lassen sich immer finden. Haider wurde so zumeist in obsessiver Manier als Wiedergänger des Nazismus und nicht als gesellschaftlicher Exponent der aktuellen Entwicklungen diskutiert. Indes, der Faschismus fiel in die Aufstiegsgeschichte des Kapitalismus, der sogenannte Rechtspopulismus ist Folge seines Niedergangs. Seine Aggressivität ist mehr defensiv als offensiv, sie will exkludieren, nicht inkludieren. Nicht einmarschieren, sondern ausweisen, ja gar nicht erst reinlassen.

Analogiebildung ersetzt keine inhaltliche Untersuchung. Jene Sicht fragte weniger nach der praktizierten Politik, sondern nach den Sägern des Unsäglischen. Da fündig zu werden, war nicht schwer. Derweil war es gerade die etablierte Politik in Österreich und Europa, die Haiders Forderungen ohne dessen Getöse umsetzte. Vergessen wir nicht, dass die Brüsseler DemokratInnen an den europäischen Südküsten Menschen im Meer versenken. Dazu braucht man gar keine RechtsextremistInnen. Die FPÖ dient als Projektionsfläche, um von den obligaten Wahnsinnigkeiten des bürgerlich-demokratischen Betriebs ablenken zu können. Das Ungünstige will sich partout nicht in seinem Konzentrat erkennen.

Haider ist mit der Bezeichnung Nazi nicht erfasst, was nicht meint, dass da nichts Nazistisches oder Antisemitisches an ihm gewesen wäre. Die Freiheitlichen sind aber kein faschistisches Projekt, auch wenn unzweifelhaft faschistisches Potenzial dort Eingang findet und sich betätigt. Doch das ist nicht ausschlaggebend, wäre es dominant, wäre die FPÖ bedeutungslos. Haiders Rückgriffe auf den Rechtsextremismus genannten Faschismus waren selektiver Natur, gehörten zu einem bunten Ensemble verschiedener Referenzen, er arbeitete mit Versatzstücken, plante etwas Neues, keine Neuauflage. Haiders Rolle war nicht die des reaktalisierten Nazis, sondern die des durchgeknallten Bürgers.

Die FPÖ ist auch kein drittes Lager mehr. Noch vor dem sozialdemokratischen und dem christlichsozialen Block erodierte hierzulande der deutschnationale, bemisst man dies nicht vornehmlich an stereotypen Aussagen einiger rechter Kämpen. Die Lager sind weitgehend einem Wanderzirkus der WechselwählerInnen gewichen. So wenig die FPÖ als Lagerpartei zu fassen ist, so wenig darf

sie auch als Klassenpartei angesehen werden. Die Freiheitlichen (FPÖ wie BZÖ-Kärnten) sind eine Volksbewegung postmodernen Zuschnitts.

Aufhetzen statt verhetzen

Die wahre Sendung des Jörg Haider war die Soap Opera, inklusive theatralischem Abgang. In den von allen Medien abgespulten freiheitlichen Reklameblöcken hatte gar vieles Platz: der Musikantenstadel, die Disko, Hollywood, das Abendland, Saddam Hussein, die Kriegsteilnehmer, alle Anständigen und Fleißigen, die Nazis, österreichische Schirennläufer, das Bundesheer ohne Abfangjäger, die Kronen Zeitung, der Standort, Bungee jumping, Schnelfahren, der Alpinismus, der Fitnesskult, die Seitenblicke u.v.m. Die Nähe zu Starmania ist bestechend. Das Johlen, Stampfen, Kreischen der Fans basiert auf einer ganz spezifischen mentalen Grundkonstitution und ist kein gewöhnliches Interesse. Die AnhängerInnen fragten auch nie „Warum?“, sondern stets „Gegen wen?“ Vergessen wir daher auch jene elementare Differenz nicht: Haider verführte nicht, er führte auf. Haider verhetzte nicht, er hetzte auf.

Es verging kaum ein Monat, in dem Haider nicht irgendetwas einfiel, das er einem genügsamen Publikum servierte. Diese Steilvorlagen rutschten als PR-Matrizen in diverse Vervielfältigungsmaschinen. Haider bediente gerade ob seiner überaffirmativen Schärfe die quotengeilen Medien am besten. Diese funktionierten wie verfolgende Gefolgschaften. Kaum rief der Meister, waren die Multiplikatoren zur Stelle. Selbst wenn sie ihn nicht mochten, (be-)jachteten sie doch niemanden so wie ihn. Es war eine populistische Symbiose zu beiderseitigem Nutzen: Er steigerte ihre Auflagen, sie steigerten seine Stimmen.

Der Kärntner Landeshauptmann war lange Zeit jener (Post-)Politiker, der dem kulturindustriellen Anforderungsprofil am besten entsprochen hat. Er glich einer Sirene. Haider in Frage zu stellen, hieße allerdings den gesamten kulturindustriellen Komplex aus Medien, Politik und Entertainment einer kritischen Analyse zu unterziehen. Aber über dieses synchronisierte Parallelprogramm wird nicht geredet, da ginge es nämlich wirklich ums Eingemachte. Ästhetisierung der Politik ist nämlich kein ausschließlich faschistisches Kriterium, sondern ein durch und durch bürgerliches Merkmal, das immer deutlicher zu Tage tritt und Politik zusehends als großes Simulationstheater ausweist.

Franz Schandl

ist Historiker und Publizist und lebt in Wien.

Literaturhinweise:

Franz Schandl: Das Haider-Phänomen krisis 23 (2000), S. 23-46. Infos unter: www.krisis.org

Franz Schandl: Unpopuläres zum Populismus. 1. Teil, Streifzüge, Nummer 40, Juli 2007, S. 21-25; 2. Teil, Nummer 41, November 2007, S. 30-32; und 3. Teil, Nummer 42, März 2008, S. 10-13. Infos unter: www.streifzuwege.org

Antirassistische Arbeit als Privileg?

Ein Gespräch



Auch die TeilnehmerInnen des Mittwochstreffens brachten ihre Erfahrungen mit antifaschistischer Arbeit aktiv in die Diskussion ein.

Den Schrecken zum Anlass nehmen – das hätte nach den Vorkommnissen der letzten Monate die Motivation sein können, wegen der sich Anfang Februar in den „Gedekndienst“-Räumlichkeiten eine interessante Runde einfand, um anti-rassistische und anti-faschistische Arbeit im Bereich von Lehrlingen und BerufsschülerInnen zu diskutieren.

Die geladenen Gäste konnten auch einige Erfahrung in diesem Bereich vorweisen. **Bernhard Stoik** ist Bildungsreferent der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) und deren vormaliger Jugendreferent. Als sein Nachfolger in letzterer Funktion nahm **Robert Okenka** an der Diskussion teil und erörterte die verschiedenen Bereiche, in denen die GdG in anti-rassistischer Jugendarbeit aktiv ist: Über Plakate, Sticker und T-Shirts werden Slogans und Kampagnen transportiert; es finden regelmäßig Seminare und Workshops zu dem Themenkreis statt, der damit natürlich auch bei Sitzungen ein Thema ist. Auch Fahrten zu den jährlichen Gedenkfeiern in Mauthausen sowie Studienfahrten, z.B. nach Auschwitz bietet die GdG an. Klarerweise sei man dabei auch oft mit heiklen Situationen konfrontiert. Okenka: „Wir hatten einmal einen Kollegen, der eher der rechten Szene zuzuordnen war. Wir haben dann Gespräche mit ihm geführt und ihn zu Seminaren und Studienreisen mitgenommen, was auch Erfolge gezeigt und einen Umdenkprozess ausgelöst hat.“ Leider sei das nicht immer möglich, so Stoik: „Wir hatten einmal mehrere Berufsschüler, die am Hitler-Geburtstag mit einschlägigen Fahnen in der Berufsschule aufgetaucht sind. Da

muss man sich überlegen, wie sinnvoll es hier ist, zu diskutieren. Es geht ja nicht um Frontaldiskussionen, sondern in erster Linie um Bewusstseinsbildung.“ Dazu würden auch Kooperationen mit Dienstgebern angestrebt: „Es gibt bei der Gemeinde Wien in einer Berufsschule zum Beispiel einen einzigartigen Schulversuch, der nennt sich ‚Interkultureller Austausch‘. Die Berufsschüler müssen sich zwischen mehreren Ausbildungsmodulen entscheiden und das ist eben eines davon.“ Es sei aber zu wenig, das nur in einer Schule zu tun, auch wenn man damit zumindest 150 SchülerInnen erreiche. „Wir versuchen aber, das über die Gewerkschaftsjugend auch in anderen Schulen zu forcieren, weil wir festgestellt haben, dass es von den Schülern gut aufgenommen wird.“

„Ein Betriebsrat hat zur Zeit andere Sorgen“

Die Frage, ob sich die antirassistische Arbeit in der Gewerkschaftsjugend gegenüber früheren Jahren geändert habe, verneinte der dritte geladene Gesprächsteilnehmer, **Willi Mernyi**, der im Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) das Kampagnenreferat leitet und auch Vorsitzender des Mauthausen Komitees Österreich (MKÖ) ist. Ein Problem sei die traditionelle Herangehensweise an das Thema – es stelle meist ein Jugendthema dar. „Ich würde mir das Engagement der Jugend auch bei den Erwachsenen wünschen.“ Wieso das bei letzteren weniger der Fall wäre? „Ein Betriebsrat hat zur Zeit andere Sorgen – Kurzarbeit, Sozialpläne etc. Das Problem ist, dass es nie der ‚richtige‘

Zeitpunkt ist für diese Themen, dass sie ständig auf die lange Bank geschoben werden.“

Auf die Frage, ob sich anti-rassistische Bewusstseinsbildung nicht mit konkreten Problemen der Arbeitswelt verknüpfen lasse und ob es dafür konkrete Beispiele gäbe, nannte Bernhard Stoik zunächst ein Negativbeispiel: „Wir wollten in einem größeren Betrieb einen Betriebsrat gründen. Da viele KollegInnen mit Migrationshintergrund in dem Betrieb arbeiten haben wir natürlich versucht, die auch auf die Liste zu bringen. Und wie wir mit der Wahlwerbung durch den Betrieb gehen und zu einem serbischen Kollegen kommen, sagt der: ‚Wie soll mich der Türke vertreten?‘“

Willi Mernyi vertrat eher die Meinung, sich dem Problem rassistischer Vorurteile über die gesellschaftspolitische Schiene, über die Migrationsfrage anzunähern. Es seien in diesem Bereich einige Dinge passiert, die er „nicht für gescheit“ halte. „Man hat sich dabei vielen Fragen, die im Raum standen, nicht gestellt und sie nicht thematisiert.“ Stoik konnte dies an einem Beispiel festmachen: „Es kann ja nicht sein, dass man das Problem der Ghettoisierung in den Gemeindebauten anspricht und SPÖ-Funktionäre diese Diskussion vom Tisch wischen und meinen, sie wollen jetzt das Wort ‚Ghetto‘ nicht mehr hören, weil es gäbe in Wien keine Ghettos. Wenn die Leute das als Problem wahrnehmen, dann ist es ein Problem! Ob das von Parteilfunktionären so gesehen wird oder nicht, ist eine vollkommen andere Frage.“

Antirassistische Projekte – nicht für alle

In Bezug auf die – zumindest gefühlte – Ghettoisierung im Gemeindebau ließe sich auch anwenden, was Willi Mernyi in anderem Zusammenhang sagte: „Das, was die Leute aufregt sind ja in erster Linie nicht die MigrantInnen. Das Problem ist, dass ihre Kinder mit 30 anderen Schülern, wovon die Hälfte MigrantInnen sind, in der Klasse sitzen, während andere Kinder das nicht tun müssen. Und so sehen sie jeden Tag ihren Platz in der Gesellschaft. Und das reibt sie auf und es ist schwer, da mit rationalen Argumenten ranzukommen. Man darf aber aus anti-rassistischer Perspektive nicht den Fehler machen, diese Menschen, die – zugegebenermaßen ungeschickt und nicht ganz intelligent – ihre Ängste artikulieren, als ‚Rassisten‘ oder ‚Faschisten‘ zu beschimpfen.“ Dass es gerade an jenen Schulen, wo dieser soziale Sprengstoff vorhanden wäre, kaum Mittel und Möglichkeiten für antirassistische Projekte gäbe, verschärft das Problem. Mernyi: „Mein Sohn hatte

im Kindergarten einen besten Freund. Mein Sohn ist dann in eine Mehrstufenklasse gekommen. Lauter alternative, anti-faschistische Lehrer. Anti-Diskriminierungsprojekte, Workshops, keine Noten, alle ‚per Du‘ – eine Super-Schule. Wie viele Türken waren in dieser Schule? Keine. Es war nämlich eine Ganztageschule, wo nur Kids hindürfen, von denen beide Elternteile berufstätig sind, was bei vielen türkischen Familien nicht der Fall ist. Das hat aber geheißen, dass in der Nebenschule der Anteil türkischer Kinder 80 % war. Dort war auch der beste Kindergartenfreund meines Sohnes. Die haben natürlich keine antirassistischen Projekte gehabt. Die waren halt nicht in Mauthausen. Das sind dann aber eher die Leute, die auf den Lehrstellenmarkt kommen.“

„Wie soll ich über den Nationalsozialismus reden, wenn die nicht einmal den Herbert Prohaska kennen?“

Auch von diesem Lehrstellenmarkt hatte Mernyi eine Anekdote parat: „Wir haben einmal einen Kabarettisten an einer Berufsschule gehabt und der fragt die Lehrlinge: ‚Warum habt ihr so eine Angst? Warum fürchtet ihr euch vor den Anderen? Habt ihr kein Selbstvertrauen?‘ Und daraufhin sagt ihm ein Kochlehrling: ‚Du brauchst eh ka Angst haben vorm spanischen Kabarettisten, weil den versteht ma ned.‘ In dem Bereich ist der Verdrängungswettbewerb einfach spürbarer. Und dass man dort besser zündeln kann ist auch klar.“

Es sei schwierig, mit den klassischen anti-rassistischen und anti-faschistischen Ansätzen dort einen Ansatzpunkt zu finden. Mernyi: „Da erzählt mir zum Beispiel der Vorsitzende von einem Austria-Fanclub: ‚Was soll ich mit meine Buam über den Nationalsozialismus diskutieren? Die wissen ja nicht einmal wer der Herbert Prohaska ist!‘ Ist klar, worauf ich hinauswill? Wie soll man in einem Milieu, das kaum ein Geschichtsverständnis hat, herkommen und über Lehren aus dem Nationalsozialismus diskutieren? Meine Frau macht Bewerbungstrainings für Jugendliche im letzten Jahr der Pflichtschule. Auf die Frage ‚Was ist die Staatsform von Österreich?‘ wissen 80 % keine Antwort, aber viele sagen ‚Gitarre!‘.“ Daher warf Mernyi auch die Frage auf, ob es überhaupt sinnvoll sei, mit Lehrlingen für antirassistische Bildung und Diskriminierungsfragen überhaupt den Umweg über den Nationalsozialismus zu nehmen. „Wenn 30 Leute aus einer Hauptschule nach Mauthausen fahren, sind davon vielleicht 15 nicht aus Österreich und haben von ihrer Herkunft her keine Ver-

bindung zu Mauthausen. Wenn die dann eine 08/15-Führung hören, die aufhört mit: ‚Und dann kam der 8. Mai und dann wurden wir befreit‘ – das geht an deren Lebensrealität sowas von vorbei.“

Ehemalige Gedenkdienstleistende hielten dem entgegen, dass heutige Fragen aufgrund von Kontinuitäten in der österreichischen Politik nicht losgelöst von der Zeit des Nationalsozialismus betrachtet werden könnten. Aus eigener Erfahrung wurde berichtet, dass es beispielsweise am US Holocaust Memorial Museum durchaus möglich sei, Jugendlichen, die vom Zweiten Weltkrieg nicht viel mehr wüssten, als das, was sie im Film „Pearl Harbor“ gesehen hätten, zum Nachdenken anzuregen. Es gehe v.a. um die Frage, wie man das Thema vermittele. Dem pflichtete Bernhard Stoik mit einem Beispiel bei: „Wir haben einmal versucht, nur mit Gruppen nach Auschwitz zu fahren, bei denen sich aufgrund ihrer Arbeitsrealität ein Bezug zum Thema herstellen ließ. Zum Beispiel mit KrankenpflegerInnen, die 18 Jahre und älter sind. Da haben wir den Schwerpunkt eben auf medizinische Versuche gelegt. Das sind dann vollkommen andere Zugänge und andere Betroffenheiten.“ Willi Mernyi fügte dem hinzu, dass es notwendig sei, auch alternative Möglichkeiten aufzuzeigen, die Frage zu stellen, wie es anders gehe.

Ein ehemaliger Gedenkdiener in Yad Vashem warf in diesem Kontext die Frage auf, ob viele Gedenkveranstaltungen nicht eine Auseinandersetzung mit dem Thema verunmöglichen, da sie darauf ausgerichtet seien, dass ein Opferbild vermittelt werde und man im Anschluss traurig sein müsse und das wäre es dann. „Ich möchte das nicht in Abrede stellen, aber ich denke schon, dass man darüber hinausgehen muss.“

Für eine kurze Nachdenkpause sorgte die Frage, ob man als GewerkschafterIn mehr Verantwortung oder Anreiz habe, sich mit dem Thema „Drittes Reich“ zu beschäftigen, als jedeR andere österreichische StaatsbürgerIn.

Für Willi Mernyi habe man schon mehr Verantwortung, weil man ja als GewerkschafterIn wissen müsse, wohin das geführt habe. „Vor dem ‚Anschluss‘ hat es ja in Österreich keinen einheitlichen Gewerkschaftsbund gegeben, sondern drei Richtungsgewerkschaften – Sozialdemokraten, Kommunisten und Christliche. Die waren sich in ihrer politischen Strategie und Taktik wie sie auf den ‚Anschluss‘ reagieren sollen natürlich nicht einig. Wo sie dann wieder vereint waren, das war in Mauthausen, in Dachau. Als Gewerkschafter muss man das checken, sehen, wer als erstes dran war.“ Für Robert Okenka hat sich diese Frage so noch nie gestellt: „Ich mache das einfach aus meiner gewerkschaftlichen Überzeugung heraus. Für viele gehört

das zur gewerkschaftlichen Arbeit und Bildung dazu.“ Darin liege laut Mernyi auch Potenzial: „Das Thema ist an sich interessant. Ich mein, auch in der Wirtschaftskrise haben etwa Themen wie jene von Attac nicht den massenmäßigen Zulauf. Es gibt aber viele Jugendliche, die sagen: ‚Gegen Faschismus und Rassismus, da möchte ich mich engagieren.‘“ Dazu Stoik: „Die Frage ist, ob das nicht auch mit einer Radikalisierung auf beiden Seiten zu tun hat. Der Zulauf auf rechter Seite in den letzten Jahren hat meiner Meinung dazu geführt, dass glücklicherweise auch mehr Leute dagegen aktiv werden wollen.“

Wo bleibt die Mitte?

Das führte unter künftigen und ehemaligen Gedenkdienern zur Frage, ob ein ‚gemäßigtes Vorgehen‘ von der Mitte nicht effektiver im Kampf gegen die Rechte wäre als jenes der ‚radikalen Linken‘. Hierauf wiederum analysierten die geladenen Diskussionsteilnehmer paradoxerweise, aber auch schwer von der Hand zu weisen, dass es in Österreich zum einen keine ernst zu nehmende ‚radikale Linke‘ gäbe, dass sich aber auch die Mitte kaum bewege, wenn es um Antifaschismus und Antirassismus gehe. Mernyi: „Ich frage mich oft: ‚Wo ist der Aufschrei?‘ Was machen etwa österreichische Kirchenvertreter, wenn der Bischof Williamson den Holocaust leugnet? Mir geht's nicht um den Herrn Graf, mir geht's um die ÖVPler die ihn gewählt haben und die Sozialdemokraten. Das macht mich fertig!“

Abschließende Einigkeit herrschte freilich darin, dass das Thema mit der abendlichen Diskussion nicht erschöpft ist. Stoik: „Das ist ein langfristiger Prozess, der über verschiedene Projekte laufen muss. Wir können ja nicht in die Berufsschulen reingehen und so tun, als wäre von heute an alles anders.“ Mernyi: „Wir können ja heute auch nicht zu einem Lehrling hingehen und sagen: ‚Du bist nicht sozial benachteiligt.‘ Er ist es und er weiß es. Und wir müssen ihm nicht nur eine Perspektive aufzeigen, wir müssen sie ihm auch ermöglichen. Ich glaube, dass das eine unserer Antworten sein muss.“

KoWa





„Arbeit und Moral, statt Gier und Kapital“!? Die extreme Rechte entdeckt die Kapitalismuskritik wieder

Unübersehbar hat die FPÖ nach ihrer Parteispaltung nicht nur eine Radikalisierung erfahren. Denn neben den Hassparolen gegen MigrantInnen prangt neuerdings ein Sujet, welches die Freiheitlichen als „Die soziale Heimatpartei“ ausweisen soll. Statt einem Populismus der „Anständigen, Fleißigen und Tüchtigen“, mit welchem die FPÖ in den 1980er und 90er Jahren vor allem neoliberale Thesen hoffähig machte, steht heute die Kritik an den Banken und Managern hoch im Kurs. Genauer betrachtet, beinhaltet die rechte „Systemkritik“ zwar vor allem Phrasen und Widersprüche, trotzdem gibt es Punkte, die – im Sinne einer Drohung – durchaus ernst zu nehmen sind.

Vom neoliberalen Eisbrecher zur sozialen Heimatpartei?

Vom Dogma des ausgeglichenen Budgets und der Begrenzung der Abgabenquote durch die Verfassung, über das „Drei-Säulen-Modell“ bei den Pensionen, die Aufhebung der AK-Pflichtmitgliedschaft bis hin zur Bestrafung von Arbeitslosen und der unbedingten Ablehnung einer Grundsicherung – im aktuellen „Handbuch freiheitlicher Politik“ – gelingt der Bruch mit dem Neoliberalismus (noch) keineswegs vollständig.¹ Das ist vor allem dort nicht weiter verwunderlich, wo es um Bereiche geht, in denen neoliberale und rechtsextreme Vorstellungen durchaus vereinbar scheinen.² Wo die FPÖ aber versucht, die Akzente Richtung „Soziale Heimatpartei“ zu verschieben, klaffen nun auch Widersprüche auf. So schafft die Partei das Kunststück auf derselben Seite (!) ihres Handbuchs den Rückbau des Staates zu verlangen und diesem gleichzeitig eine Sperrminorität in Schlüsselbereichen der Wirtschaft einräumen zu wollen. Trotz solcher Widersprüche sind in der freiheitlichen „Kapitalismuskritik“ bereits klare Tendenzen erkennbar.

Österreich zuerst I: Nationale Abschottung

Insbesondere die Kritik am weltweiten Freihandel, welcher multinationale Konzerne begünstigt, fungiert gewissermaßen als Einfallstor für wenig präzise, aber trotzdem extrem reaktionäre ökonomische Vorstellungen. Im Zentrum steht die vage Idee einer autarken Volkswirtschaft, basierend auf der Leistung v.a. kleiner und mittelständischer Produktionsbetriebe. Die Beschränktheit dieses Konzepts eines autarken Österreichs zeigen die Freiheitlichen gleich selbst auf. Während sie nämlich z.B. die sofortige Reduktion österreichischer EU-Beiträge verlangen, wird gleichzeitig die Unabhängigkeit „unseres“ (vulgo europäischen) Raumes vom transatlantischen Raum gewünscht. Ob mit oder ohne EU gegen USA und Co. „autark“ – das zu entscheiden obliegt somit dem durchschnittlichen FP-„Kader“ selbst (bzw. der jeweiligen politischen Großwetterlage).

Österreich zuerst II: Rassistischer „Volksstaat“ statt Sozialstaat für alle

Wirklich zur Sache geht es in der blauen Wirtschafts- und Sozialpolitik stets dann, wenn das Thema Migration zur Sprache kommt. Mit langen Zahlreihen werden tatsächliche und angebliche Kosten für das Asylwesen, den Transfer von Sozialleistungen ins Ausland usw. „belegt“. Freilich sind auch hier einzelne Vergleiche mehr als plump, bzw. bereits rein rechnerischer Unsinn. So plakatierete die FPÖ zwar bekanntlich „Sichere Pensionen statt Asylmillionen“. In ihren eigenen Berechnungen weisen die Freiheitlichen allerdings dann gegenüber 32 Milliarden Finanzierungsbedarf für „Sichere Pensionen“ lediglich hundert tatsächlich aufgewendete „Asylmillionen“ auf – also 320 mal zuwenig um die Pensionen selbst à la FPÖ zu „sichern“. Nichtsdestotrotz liegt hier ein – nämlich völkisch-rassistisches – Muster klar auf

dem Tisch: Einsparungen durch systematische und durchgängige Diskriminierung von Menschen mit nicht-österreichischem Pass in allen relevanten sozialen und politischen Bereichen. Massenausweisungen (straffälliger, arbeits- oder obdachloser und eigentlich auch fast aller anderen MigrantInnen) kombiniert mit unbedingtem Assimilationsgebot für jene, die noch da bleiben dürfen. Entzug sämtlicher politischer Rechte, um sich gegebenenfalls dagegen wehren zu können („Agitationsverbot“); bisweilen sogar nachträglicher Entzug der Staatsbürgerschaft. „Umverteilung“ im Sinne von zwangsweiser Zuweisung freiwerdender Arbeitsstellen an österreichische Arbeitslose (konkret wird der Pflegebereich genannt) sowie exzessive Familienleistungen für Familien „deutscher Muttersprache“. Zusammenfassend betrachtet, möchten demnach die Freiheitlichen der kapitalistischen Globalisierung und ihren Begleiterscheinungen einen ökonomisch abgesperrten, möglichst „reinrassigen“ (Klein-)Staat entgegenstellen. „Bad News“ gibt es hier zu allererst für bereits diskriminierte Gruppen, v.a. Menschen mit Migrationshintergrund. Aber auch für andere Konzepte und Lebensformen, welche diese Form der Volksgemeinschaft in Frage stellen (Gewerkschaften und Linke, emanzipierte Frauen und Homosexuelle ...) könnte in einem solchen „Volksstaat“ die Luft nicht nur sozialpolitisch betrachtet sehr dünn werden.

„Jedem das Seine“

„Die NPD ist nicht nur der Garant für eine neue Ordnung, sondern wird auch die zur Rechenschaft ziehen, die sich am Wohl des Volkes vergangen haben.“³ Auch in der Frage wie diese „neue Ordnung“ aussehen soll, gehen militante rechte Kräfte – wie die deutsche NPD – anders als die FPÖ über bloße Andeutungen hinaus. Gefordert wird nicht weniger als eine neue Wirtschaftsordnung: „Das Volk braucht um der Selbsterhal-

tung wegen eine Wirtschaftsordnung, die sich an den Menschen, deren Kultur und Lebensraum orientiert. Die spezialisierten und rein dem Export und der Profitmaximierung verpflichteten Monokulturen der kapitalistischen Moderne müssen schließlich durch das Prinzip der vielfältigen und vielseitigen in hohem Maße sich selbst tragenden Wirtschaftsräume ersetzt werden.“⁴ Unter dem Titel „Dritter Weg“ wird die innere Struktur dieser „Volkskörper“, sowie deren Verhältnis zueinander relativ klar beschrieben: Statt Gleichmacherei und Kollektivismus wird das Prinzip eines „preußischen Sozialismus“ – „Jedem das Seine“ – angestrebt. Genauer überlegt mutiert somit das Gesamtkonzept unter dem Titel einer „raumorientierten Volkswirtschaft“ (NPD) zu einer fest gefügten nationalen aber auch internationalen Hierarchie: Hier die „Elite“ à la NDP, da die – ebenfalls hierarchisch zergliederte(n), aber insgesamt rechtlose(n) – Masse(n).

Im StrachCHE–Leiberl gegen das System?

Ebenso zentral erscheint aber auch die Frage der Anpassungs- und Aktionsfähigkeit dieser Kräfte: „NPD geht vor die Werkstore“, schreibt die Rechtspartei angesichts der Krise bei Opel, obwohl sie in derselben Aussendung zugibt, noch beraten zu müssen, was sie den ArbeitnehmerInnen dort eigentlich sagen wolle. Hemmungslos werden Themen wie Globalisierungskritik, aber auch linke Ikonen und Symbole von der extremen Rechten beschlagnahmt. Die Grenzen verschwimmen hier zusehends; allerdings nicht zwischen Links und Rechts sondern zwischen der parlamentarischen und militanten Rechten. Während StrachCHE – freilich lange nach der Populäre – die Bekanntheit des lateinamerikanischen Internationalisten instrumentalisiert, lobt die „Nationale Volkspartei“ – für welche das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes zumindest die Nähe zum (Neo-)

Nazismus feststellt – schon einmal Hugo Chavez und Evo Morales.⁵ Dort, wo derartige Symbole allerdings aktuell offensiv „anders“ besetzt werden können, werden solche Vereinnahmungsversuche ebenso schnell konterkariert. So protestierte die FPÖ Donaustadt erst jüngst heftig gegen die Durchsetzung und Enthüllung eines Che-Denkmal in Wien.

Ausblick

In den 1930er und 40er Jahren schien es für einen denkenden Menschen kaum von der Hand zu weisen, dass das Wachstum rechtsextremer Massenbewegungen mit der kapitalistischen Krise und ihren sozialen Folgerscheinungen verknüpft ist. In diesem Sinne ist die Beschäftigung mit den sozialpolitischen „Antworten“ und „Alternativen“, welche der italienische Faschismus oder die NS-Bewegung gaben, durchaus aufschlussreich. Und zwar gerade, um das Wesen der aktuellen rechten Systemkritik besser erfassen zu können. Besonders bemerkenswert erscheint hierbei nicht zuletzt, dass heute wie einst die extreme Rechte letztlich am Privateigentum an Produktionskräften – und damit an der ökonomischen Grundlage bestehender (Macht-)Verhältnisse – festhält.⁶ Ebenso ist die aktuelle Konjunktur rechter Kapitalismuskritik auch unzweifelhaft mit

der jetzigen, tiefen Krise unserer Weltökonomie verknüpft. Und genau hier liegt wohl die wesentliche Parallele zur erwähnten Zwischenkriegszeit, aber auch die neue Gefährlichkeit rechter Kapitalismuskritik bzw. der eventuell damit künftig verknüpften Versuche, rechte Strukturen und Bewegungen aufzubauen. Umgekehrt sollte die Suche nach (System-)Alternativen zur Krise die entsprechende Trennschärfe zum rechten Rand aufweisen. Das gilt nicht zuletzt auch deshalb, weil ein globaler Kapitalismus und seine Krise wohl auch am ehesten international(istisch)e Lösungskonzepte erfordert.⁷

- ¹ Vgl. im Folgenden: FPÖ (Hg.), Handbuch freiheitlicher Politik, Wien 2008.
- ² Vgl. dazu: Ralf Ptak, Herbert Schui: Das FPÖ-Dreieck: Rechtsextremes Fundament – Neoliberale Substanz – Marktgerechte Präsentation. <http://www.beigewum.at>
- ³ Nach: <http://forum.politik.de>
- ⁴ Vgl. (auch im Folgenden): www.npd.de
- ⁵ www.nvp.at, www.doew.at
- ⁶ Vgl. z.B.: Die antikapitalistische Sehnsucht, Nationalsozialistischer Antikapitalismus – eine historische Betrachtung, http://www.akweb.de/ak_s/ak517/28.htm
- ⁷ Vgl.: Exemplarisch zu dieser Strategie Debatte: Pro & Contra: Mit Volksfronten gegen Heuschrecken? <http://www.sozialismus.info/?sid=2097>

John Evers

*ist Historiker, Erwachsenenbildner und ehemaliger
Büroleiter von Gedenkdiens. Er schrieb seine Diplomarbeit zur Frage „FPÖ – Partei des kleinen Mannes?“*



Was gibt's an Politik zu lernen?

In der deutschen Diskussion der Rolle der politischen Bildung als Unterrichtsfach, die – wenig verwunderlich – eine Art Maßstab für die österreichische bildet, wird zumeist über die Abgrenzung des Faches zu anderen Disziplinen gestritten. Meint politische Bildung die Ausbildung von StaatsbürgerInnen im Sinne von Institutionenkunde? Oder zielt sie auf Verhalten, Denkweisen und demokratische Normen des Einzelnen ab? Schon Adorno weist in seinem Vortrag „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?“ darauf hin, dass Demokratie nicht einfach eines unter verschiedenen Regierungssystemen ist, das man nach Belieben wählen kann, sondern dass sie substanzuell vom Verhalten des Einzelnen abhängt.

So kann man die „Trennung“ der politischen Bildung von anderen Lerngegenständen schon vom Inhalt her kritisieren: Auf der Suche nach „ewigen Eigentümlichkeiten“ der deutschen Kultur und in weitblickender Besorgnis um ihren genetischen Erhalt finden sich bei Fichte¹ und im deutschen Idealismus Verknüpfungen von volkischem Gedankengut und kulturellen Hoheitsansprüchen. In diesem Fall ist es also die Literaturgeschichte, die uns zeitweilen den Weg zu einem Bewusstsein ebnet, das sich einerseits mit menschenrechtlichen Ansprüchen auseinandersetzen muss und andererseits auf den poetischen Grundlagen eines Nationalkollektivs stützt.

Es formulieren sich, je nach Zielsetzung, unterschiedliche Ansprüche an sämtliche Lernfächer. Die sogenannte „Demokratieerziehung“ ist ein neueres Konzept, das auf die ultimative Verankerung von demokratischen Werten in allen Lebensbereichen und somit besonders im Schulalltag setzt. Im „Magdeburger Manifest“ der deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik² von 2005 zählt die Perspektive des Einzelnen als Maßstab: „Politisch wie pädagogisch beruht der demokratische Weg auf dem entschiedenen und gemeinsam geteilten Willen, alle Betroffenen einzubeziehen (Inklusion und Partizipation), eine abwägende, am Prinzip der Gerechtigkeit orientierte Entscheidungspraxis zu ermöglichen (Deliberation), Mittel zweckdienlich und sparsam einzusetzen (Effizienz), Öffentlichkeit herzustellen (Transparenz) und eine kritische Prüfung des Handelns und der Institutionen nach Maßstäben von Recht und Moral zu sichern (Legitimität)“. Was hier zwar nach einem einleuchtenden aber theoretischen Wertekatalog klingt, hat durchaus große Auswirkungen auf den Schulunterricht. Denn nicht nur die Inhalte, sondern vor allem auch die Form des Unterrichts – und zwar jeder pädagogischen Situation – müsste sich diesen Prinzipien unterordnen.

Dass damit der konkrete Unterrichtsstil von LehrerInnen in der Kritik steht und dementsprechend der Widerstand gegen solche Ideen, solange sie nicht nur als Formalitäten gehandhabt werden, groß sein wird, lässt sich ausrechnen. Auch im neueren „Grunderlass politische Bildung“ des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur und im Lehrplan für das seit Herbst 2008 an den AHS eingeführte Pflichtfach „Politische Bildung“ finden sich starke Bezüge zum demokratiepädagogischen Ansatz.³

Da auch LehrerInnen sich nicht von einem Tag auf den anderen neu erschaffen, ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieses neue Fach von Inhalten der ökonomischen Bildung und von Inhalten der Geschichte überlagert wird, sehr groß. Ist aber politische Bildung ein Gegenstand, der sich ohne weiteres zu anderen „hinzuaddieren“ lässt? Aus einer Perspektive der Erziehung über den Nationalsozialismus und den Holocaust muss das verneint werden. Der nationalsozialistische Totalitarismus führt uns die Politisierung aller Lebensbereiche vor Augen – zum Beispiel einen gleichgeschalteten Wissenschaftsbetrieb, der den Begriff der Wahrheit selbst ab absurdum führt. Die Forderung einer „Erziehung zur Mündigkeit“ lautet deshalb vor allem auch: Erziehung zur Kritikfähigkeit. Und solche Kritik kann nicht vor Fächergrenzen stehenbleiben.

- ¹ J. G. Fichte: Was ein Volk sei in der höheren Bedeutung des Worts und was Vaterlandsliebe. Die achte der Reden an die deutsche Nation. 1808. In: Deutsche Reden und Rufe, München 1961, S. 43f.
- ² Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik: <http://www.degede.de/>
- ³ Zu finden unter www.politik-lernen.at

Till Hilmar

*leistete 2007/8 Gedenkdiens an der
Jugendbegegnungsstätte Terezin und leitete
das Projekt „Erinnerungsorte Erschließen“*



Eine der 50.000 BesucherInnen des Thompson Konzerts im Zagreber Maksimir-Stadium im Juni 2007 lupiga.com

„Jasenovac und Gradiška Stara...“

„... das ist das Haus der Schlächter von Maks“¹, lautet eine Zeile aus dem musikalischen Repertoire des unter dem Namen „Thompson“ auftretenden kroatischen Sängers Marko Perković². Sein Konzert in Szombathely (Ungarn) am 12. Dezember 2008 fand trotzdem statt.

„Za dom spremni“³ ertönte es auch an diesem Abend zu Beginn des Konzertes in der „Arena Savaria“ vor einer zahlreich erschienen ungarisch-kroatischen Gemeinschaft sowie im Beisein hunderter, zu diesem Anlass extra angereister Angehöriger der kroatischen Diaspora und der burgenländisch-kroatischen Minderheit aus Österreich. Keineswegs zufällig wurde dabei das in unmittelbarer Nähe zur burgenländischen Grenze gelegene Szombathely als Aufführungs-ort ausgewählt, da den Veranstaltern hier die Bedingungen zur Durchführung des Konzertes besser erschienen als im benachbarten Österreich, wo schon einmal ein Auftritt „Thompsons“ abgesagt werden musste: Auf Initiative und Einladung des damaligen Kärntner Landeshauptmannes Jörg Haider war während der Euro 2008 für die in Kärnten (St. Andrä/Lavanttal) weilenden kroatischen Fans – gewissermaßen als „Gastgeschenk“ – ein Konzert „Thompsons“ schon fix geplant, ehe es von den zuständigen Behörden aufgrund von massiven Sicherheitsbedenken im letzten Augenblick doch noch untersagt wurde. Das Ausweichen ins nahegelegene Ausland knapp fünf Monate später hatte nun den Hintergrund, nicht eine zweite Absage zu riskieren und das Zielpublikum trotzdem zu erreichen. Die verbilligten Vorverkaufskarten wurden dabei in einigen einschlägigen „kroatischen“ Lokalen Wiens angeboten, sowie von Privatpersonen aus den burgenländischen Ortschaften Stinatz/Stinjak und Nikitsch/Filež bzw. aus Graz vertrieben, wobei hier im Hinblick darauf, was in gewissen Kreisen unter Jugenderziehung verstanden wird, beigefügt sei, dass der Eintritt für Jugendliche unter 14 Jahren kostenlos war – wenn sie in Begleitung ihrer Eltern zu dem Konzert kamen.

Das Repertoire des von Ephraim Zuroff (Simon Wiesenthal Center Jerusalem) als „neofaschistisch“ eingestuften „Thompson“ umfasst eine ganze Reihe an rassistischen, ultranationalistischen, antisemi-

tischen und verhetzenden Liedern, ohne dass sich der Sänger jemals auch nur im Geringsten von deren Inhalten und dem durch sie tradierten Geschichtsbild distanziert hätte. Besonders erschreckend ist seine Darbietung der Lieder „Jasenovac i Gradiška Stara“ und „Evo zore, evo dana“, die eine perverse Verherrlichung der Morde in dem Konzentrationslager Jasenovac während des Zweiten Weltkrieges bei gleichzeitiger Verehrung kroatischer Ustaša⁴-Führer vornehmen. Zur Illustrierung des Inhaltes hier ein kleiner Ausschnitt aus einem der besagten Lieder, welches von Thompson noch vor wenigen Jahren „live“ aufgeführt wurde: Serben in die blaue Adria (...) Ich bin ein Ustaša, wie mein Vater einer war (...) Richte unsere Grüße dem Ante Pavelić⁵ aus.“

In zahlreichen Ländern der Welt, u.a. der Schweiz, den Niederlanden und Kanada, wurden Konzerte des Sängers aufgrund der inhaltlichen Ausrichtung der Texte sowie der offenen Verherrlichung des Ustaša-Regimes durch ihn bzw. seitens seines Publikums bereits abgesagt; manche Staaten haben zudem ein generelles Aufführungsverbot festgelegt. In den letzten Jahren hat sich auch zunehmend in Kroatien selbst eine Debatte um den Sänger entwickelt, welche u.a. dazu führte, dass ihm einige kroatische Städte ein Auftrittsverbot erteilten und gegen ihn momentan ein von jüdischen, serbischen und antifaschistischen Vereinen eingebrachtes Verfahren wegen Volksverhetzung läuft.

Für das besagte Konzert am 12. Dezember 2008 in Szombathely gab es lediglich vom Verein „Linkes Burgenland“ eine Protestnote, welche gleichermaßen die Gesinnung „Thompsons“ und den menschenverachtenden Gehalt seiner Musik aufzeigte und auf dieser Basis die behördliche Untersagung des Konzertes forderten. Während sich der Kroatische Akademische Klub (Hrvatski Akademski Klub, HAK) daraufhin in einer am Tag des Konzertes veröffentlichten Stellungnahme vom Sänger deutlich distanzierte, fand eine solche Sicht innerhalb der burgenländisch-kroatischen Gemeinde keinesfalls allgemeinen Zuspruch. So kamen in dem Artikel „Misstöne rund um

Kroaten-Konzert“ im „Kurier“ vom 13. Dezember 2008 auch die beiden Personen zu Wort, welche Vorverkaufskarten im Burgenland weitervermittelt hatten. Während sich Walter Horvatits aus Stinjak/Stinatz von den Textzeilen „zerknirsch“ zeigte und betonte, dass er mit dem jetzigen Wissen nicht nochmals Karten für „Thompson“ verkaufen würde, meinte der ÖVP-Vizebürgermeister von Nikitsch/Filež und Kartenvermittler Franz Fazekas zu den Anschuldigungen, dass er es sich „von niemanden vorschreiben lassen würde, welche Konzerte er besuchen dürfe“ und dass die Texte von „Thompson“ doch bloß „Heimat liebend“ seien. Diese Art der „Heimatliebe“ kostete im Zweiten Weltkrieg etwa 55 Millionen Menschen das Leben.

- Jasenovac war ein Lagerkomplex, der zwischen August 1941 und Februar 1942 von Behörden des „Unabhängigen Staates Kroatien“ („Nezavisna drzava Hrvatska“, NDH) errichtet wurde. Bis zu seiner Befreiung im April 1945 ermordeten kroatische Behörden in Jasenovac über 66.000 Menschen: 45.000 – 52.000 serbische EinwohnerInnen des „Unabhängigen Staates Kroatien“, 8.000 – 20.000 Jüdinnen und Juden, 8.000 – 15.000 Roma und Sinti sowie zwischen 5.000 und 12.000 ethnische KroatInnen und Muslime, die sich in (angeblicher) politischer oder religiöser Opposition zum Regime befanden. Gradiška Stara ist ein kroatischer Ort, in dem sich ein Außenlager von Jasenovac befand. Vjekoslav „Maks“ Luburic (1914 – 1969) war Lagerkommandant in Jasenovac.
- „Thompson“ als „nom de guerre“ stammt aus der Zeit des jugoslawischen Bürgerkriegs als Perković zu spät zur Waffenausgabe kam und daher nur noch ein altes und schweres Thompson-Maschinengewehr erhielt.
- „Für die Heimat bereit“ – Ein faschistischer Gruß, welcher unmissverständlich mit dem faschistischen Marionettenregime des NDH verbunden ist.
- faschistische, separatistische kroatische Nationalbewegung
- 1889 – 1959, Ustaša-Führer, 1941 – 1945 Staatsoberhaupt des NDH

Dario Brentin
unter Mitarbeit von Martin Krenn

Dario Brentin hat Politikwissenschaft und Osteuropäische Geschichte, Martin Krenn Geschichte und Philosophie an der Universität Wien studiert.



Erscheint 3 x jährlich.

PROBEHEFT GRATIS!

Margaretenstraße 71-73/23

A-1050 Wien

E-Mail: bestellung@streifzuege.org

www.streifzuege.org

„Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“

Denunziation in der Steiermark 1938-1945

Am 14. April 1945 traf Theresia Bartosch auf dem Weg von Eisenerz nach Klein-Reifling den Volkssturmmann Franz Kantner, der zur Bewachungsmannschaft des Kriegsgefangenenlagers in Klein-Reifling gehörte. Sie bat ihn, er möge ihr beim Tragen der Koffer behilflich sein. In der Folge kamen sie ins Gespräch, wobei sie sich unter anderem auch über die Kämpfe in Wien unterhielten. Franz Kantner meinte, man solle der Roten Armee keinen Widerstand entgegensetzen und sie durch Österreich durchziehen lassen. Es werde dann niemandem in Österreich etwas geschehen, da Österreich ja nur durch das Deutsche Reich in diesen Krieg hineingezogen worden sei, Schuld an allem seien die Preußen. Nachdem sie sich verabschiedet hatten, hatte Theresia Bartosch nichts Besseres zu tun, als zur nächsten Dienststelle zu laufen und dort eine Anzeige gegen den ihr auch dem Namen nach unbekannten Mann zu erstatten. Auf Grund ihrer Beschreibung wurde Franz Kantner aufgefunden gemacht, vor das Militär-Feldstandgericht Weyer gestellt und am 18. April 1945 hingerichtet.

Am 12. Juli 1943 besuchte Anna Grigg ihre Stiefschwester Maria Herzog, bei der auch deren Schwiegertochter Anna Herzog zu Besuch war. Sie kamen auch auf die politischen Verhältnisse zu sprechen, wobei Anna Grigg ihre Ablehnung des Nationalsozialismus unter anderem dadurch zum Ausdruck brachte, dass sie folgenden Witz erzählte: „Eine Frau geht zu den sechs Kreuzen beten. Als sie beim fünften Kreuz betet, kommt ein SS-Mann und fragt sie, was sie da mache. Die Frau erwidert, sie bete zum lieben Herrgott, dass ihre Kinder aus dem Krieg heil zurückkehren. Der SS-Mann sagt darauf zur Frau: 'Du musst auch Heil Hitler sagen.' Darauf antwortet die Frau: 'Hier hängt Christus und wenn hier Hitler hängt, dann werde ich Heil Hitler rufen.'“ Noch am selben Tag fuhr Anna Herzog mit dem Fahrrad zur Gendarmerie nach Wettnannstätten und zeigte Anna Grigg wegen abfälliger Äußerungen über Adolf Hitler an. Anna Grigg wurde verhaftet und vom Sondergericht Graz nach § 2 des Heimtückegesetzes am 21. April 1944 zu einem Jahr schweren Kerker verurteilt.

Diese beiden Fälle von Denunziation während der Zeit des Nationalsozialismus sind aus einer Vielzahl ähnlich gelagerter Fälle herausgegriffen. Die Fragen, die sich – auch angesichts der Folgen für die Denunzierten – stellen, sind: Wer waren diese DenunziantInnen und was hat sie dazu bewegt, ihre Nachbarn, Verwandten, aber auch ihnen unbekannte Personen zu denunzieren?

Wichtiger Bestandteil nationalsozialistischer Herrschaft

Dass der größte Lump im ganzen Land der Denunziant ist, wusste schon Hoffmann von Fallersleben, als er den zum Sprichwort gewordenen Satz Mitte des 19. Jahrhunderts niederschrieb. Seit damals hat sich der üble Beigeschmack, der dem DenunziantInnen anhaftet, nicht geändert. Selbst zur Zeit des Nationalsozialismus galt die Denunziation als unehrenhaft. Und diese Denunziationen setzten unmittelbar nach dem „Anschluss“ 1938 ein. Die noch im März und April 1938 denunzierten Personen waren neben tatsächlichen oder vermeintlichen „Judenfreunden“ vor allem jene, die sich in der Vergangenheit gegen die Nationalsozialisten exponiert hatten und die man nun aus öffentlichen Ämtern entfernt wissen wollte. Eine zentrale Rolle spielte dabei die „Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamten-tums“, wonach – wie es in den „Richtlinien zur Durchführung der Berufsbeamtenverordnung“ heißt – „die österreichische Beamenschaft erstens judenrein zu machen, zweitens von politisch unzuverlässigen und gehässigen Gegnern zu säubern, drittens ungerechtfertigte Vor-rückungen und Beförderungen rückgängig zu machen und viertens die notwendige Vereinfachung der Verwaltung zu ermöglichen“ sei. Um dies zu erreichen, wurden Untersuchungsausschüsse eingesetzt, die geradezu zur Denunziation einluden. Obwohl es in der vertraulichen Richtlinie heißt, „Anzeigen gegen Beamte dürfen nur dann beachtet werden, wenn der Anzeigende nicht als Nachfolger des zu Entfernenden in Betracht kommt“, sahen viele gerade darin die Chance des Aufstiegs und die Eroberung des Posten des Denunzierten.

Damit sich dieses – auch in den Augen der NationalsozialistInnen verächtliche Denunziantentum – nicht weiter ausbreiten sollte, verfasste der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Gauleiter Joseph Bürckel, am 5. Juli 1938 einen Zeitungsartikel, worin er diese Form des Denunziantentums verurteilte, gleichzeitig aber auch alle zur „positiven“ Denunziation einlud, „die aus ehrlicher Sorge um Partei und Staat durch wahre Angaben über Missstände und Verbrechen die Arbeit der Partei und Polizei unterstützen.“ Die Folge war, dass erneut eine Flut von teilweise anonymen Schreiben beim Gauleiter eintraf.

Die Denunziation war – trotz „Verurteilung des üblen Denunziantentums“ – ein wichtiger Bestandteil nationalsozialistischer Herrschaft. Und obwohl viele der vorgeblich aus „Pflichtbewusstsein“ heraus erstatteten Anzeigen verwerfliche Motive (Rache, Neid, ...) hatten, deren

sittenwidriger Charakter auch von den Nationalsozialisten erkannte wurde, war das nationalsozialistische System auf Anzeigen aus der Bevölkerung angewiesen, um das Private öffentlich zu machen. Anders als vielfach vermutet, gab es aber während der Zeit des Nationalsozialismus keine gesetzliche Pflicht, „Vergehen“ gegen die NS-Gesetze und Verordnungen anzuzeigen. Es wurde jedoch von den Parteigenossen wie den „Volksgenossen“ erwartet, dass sie als „Pflicht dem Führer gegenüber“ jede Nonkonformität anzeigten. Diese „Pflicht“ wurde vor allem ab 1943, dem Zeitpunkt, ab dem das Regime immer mehr in Bedrängnis geriet, verstärkt eingemahnt.

Kriegsverlauf und Denunziationsverhalten

Die Auswertung des Denunziationsverhaltens in der Steiermark zeigt, dass die nach dem „Anschluss“ 1938 wirksam gewordenen Sondergesetze und Verordnungen nach einer ersten Phase der von Rache und Gier nach Posten bestimmten Denunziationen zu keiner größeren Denunziationsflut führten. Das Denunziationsverhalten blieb bis 1942 ziemlich konstant und änderte sich erst mit den ersten Niederlagen auf den Kriegsschauplätzen. Solange der „Krieg in weiter Ferne“ (Evan Burr Bukey) stattfand und man von den „Erfolgen“ im Inland profitierte, war die „Volksgemeinschaft“ – nach dem Ausschluss der Juden bzw. der politischen Gegner – eine verhältnismäßig geschlossene Gemeinschaft. Der Konsens wurde erst brüchig, als ab 1943 mit den Niederlagen an den Fronten, den Bombardements, den Versorgungskrisen und den Toten in fast jeder Familie das Vertrauen der Bevölkerung in die nationalsozialistische Führung schwand. Dies führte zum einen vermehrt zu Unmutsäußerungen und anderen kleinen und größeren Widersetzlichkeiten. Zum anderen bewirkte es aber auch, dass Aufrufen zum Einschreiten gegen „Meckerer und Defätisten“, gegen „Volks-schädlinge und Volksverräter“ vermehrt nachgekommen wurde und Partei- und „Volksgenossen“ ihre Nachbarn, ArbeitskollegInnen und auch Fremde denunzierten. So stiegen die Denunziationen im Jahr 1943 um 56 % gegenüber dem Vorjahr an, um schließlich 1944 um weitere 35 % gegenüber 1943 anzusteigen.

Betrachtet man die Inhalte der politischen Denunziation in der Steiermark, so kann man erkennen, dass jede Form des abweichenden Verhaltens als Abfall von der „Volksgemeinschaft“ angezeigt wurde. In rund 40 % der Fälle wurden abfällige oder defätistische Äußerungen angezeigt. Neun bzw. sieben Prozent aller Anzeigen waren in die Privatsphäre

hineinreichende Denunziationen des „Rundfunkvergehens“ bzw. des verbotenen Umgangs mit Juden, Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern.

Setzt man sich mit der Person des Denunzianten auseinander, so zeigt sich, dass es „den“ Denunzianten im Nationalsozialismus nicht gab, wie auch die Denunziation kein „typisch weibliches Phänomen“ war, wie dies lange behauptet wurde. Für die Steiermark lag der Frauenanteil bei der Denunziation bei rund 30 %, wobei Frauen vor allem Wahrnehmungen von abweichendem Verhalten aus dem privaten Umfeld zur Anzeige brachten. Dass es „den“ Denunzianten nicht gab, hängt auch mit den unterschiedlichen Motiven der Denunzianten zusammen. Auch wenn es schwierig ist, die Hauptmotive für die Denunziation voneinander abzugrenzen, so zeigt die Auswertung, dass rund 48 % aus primär systemloyalen Einstellungen heraus eine Anzeige wegen abweichendem Verhalten erstatteten, während Denunziationen aus privaten Motiven in rund 34 % der Fälle erfolgten.

Nachgeschichte

Dass nach der Befreiung vom Nationalsozialismus eine strafrechtliche Verfolgung der NS-TäterInnen – auch der Spitzel, DenunziantInnen – erfolgen sollte und dies mit dem Kriegsverbrechergesetz (KVG) vom 26. Juni 1945 auch verwirklicht wurde, entsprach dem starken Interesse der „Abrechnung“ mit jenen, die aus politischem oder rassistischem Fanatismus oder aus verwerflichen persönlichen Gründen andere angezeigt und der Verfolgung durch die nationalsozialistischen Behörden ausgesetzt hatten. In der Steiermark wurden Verfahren gegen über 2.300 Personen wegen Denunziation (§ 7 KVG) eingeleitet und über 520 DenunziantInnen zu teilweise langen Kerkerstrafen verurteilt.

Heimo Halbrainer

ist Leiter von „CLIO - Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit“. Sein Buch „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“ ist 2007 im CLIO-Verlag erschienen.



„Jews don't fight!“?

Edward Zwick's „Defiance“ bringt den Widerstandskampf der jüdischen BielskipartisanInnen auf unsere Kinoleinwände



Constantin Film

Jeder meiner Vorgänger wird mir sicherlich bestätigen, dass Langeweile ein Ausdruck ist, der dem Gedenkdiener am London Jewish Cultural Centre (LJCC) fremd ist. Abgesehen von der anspruchsvollen Aufgabe der Leitung des „Speaker Programme“ – das Besuche von Holocaust-Überlebenden an Schulen organisiert – helfe ich dabei, Projekte zu planen und Veranstaltungen zu betreuen. Ist der Arbeitstag einmal zu Ende, hält London noch ungeahnte Möglichkeiten und Aufgaben bereit, die von einer Vielzahl an kulturellen Ereignissen bis zu der wartenden Bügelwäsche zu Hause reichen.

Doch das für mich Wertvollste an meiner Aufgabe hier ist der persönliche Kontakt mit den ZeitzeugInnen unseres Programms. Diese beeindruckenden, aufrechten und liebenswerten Persönlichkeiten sind dabei, mich und meine Sicht des Lebens zu prägen. Einer von ihnen ist Jack Kagan, der aus dem weißrussischen „Shtetl“ Novogrodek stammt. Mit der Ankunft der Nazis wurde die dort ansässige 6.000-köpfige jüdische Gemeinde, der Jack angehörte, auf einen Schlag auf 900 dezimiert und diese Verbliebenen in ein Ghetto gepfercht. Obwohl die Lebensumstände schrecklich und grausam waren, gelang es einigen Gefangenen, durch einen selbstgegrabenen, über 150 Meter langen Tunnel zu entkommen. Mit seiner so

gewonnenen Freiheit stieß Jack zu einer PartisanInnengruppe. Diese befand sich unter der Leitung der Brüder Tuvia, Asael und Zus Bielski, die in den weitläufigen umliegenden Wäldern ein komplexes Netzwerk für jüdische Flüchtlinge aufbaut hatten und sich auch an Kampfhandlungen gegen Nazideutschland und seine Kollaborateure beteiligten.

Im September 2007 begann Regisseur Edward Zwick die Geschichte der Bielski Gruppe zu verfilmen. Die Produzenten zogen Jack als Berater zu den Planungen hinzu. Dieser konnte daher nach Fertigstellung des Films seine Kontakte nutzen um uns mit den Organisatoren der Europapremiere in London bekannt zu machen. Diese zeigten sich sehr interessiert an der Arbeit des LJCC in Bezug auf „Holocaust und Anti-Racism Education“ und stellten uns ein „private screening“ vor dem offiziellen Filmstart, so wie eine Handvoll Tickets zur tatsächlichen Premiere zur Verfügung, um mit den erworbenen Einnahmen und dem Verkauf der Premiertickets unsere Tätigkeit zu unterstützen.

Am Tag der Premiere nahm die für mich ohnehin schon spannende Geschichte eine neue Wendung, als uns zwei der verkauften Tickets wieder zurückgegeben wurden und die Chefin des LJCC diese an meine Kollegin Rachel und mich weiterschenkte. Nach der Arbeit verwandelten wir mein kleines

Zimmer in einen „dressing room“ und schon bald standen Rachel – in einem umwerfenden Cocktaildress – und ich am roten Teppich des Londoner Leicester Square und schüttelten Jack die Hand, obwohl dieser alle beide voll damit zu tun hatte, Fernsehkanälen Interviews zu geben.

Die Handlung in „Defiance“ setzt 1941 ein, als die Familien der Bielski Brüder (gespielt von Daniel Craig, Liev Schreiber und Jamie Bell) von lokalen Kollaborateuren der deutschen Besatzer ermordet werden. Nach einer Flucht in die Wälder errichten sie dort einen geheimen Zufluchtsort für ebenfalls geflüchtete Juden und gehen durch viele Gefahren um deren und ihr eigenes Leben zu retten. Zwangsläufig wird „Defiance“ so zu einem Film mit vielen Tempowechseln, der sich zwischen Actionszenen und der inneren Darstellung der Vorgänge in der PartisanInnengruppe bewegt. Mit einer Mischung aus Action, Dramatik und alltäglichen Szenen bringt er sowohl den Widerstand mit Waffen, als auch den psychischen Widerstand und den Kampf um innere Stärke und Durchhaltevermögen in den Wäldern ins Bewusstsein des Publikums. Obgleich „Defiance“ die BielskiBrüder als Helden darstellt, vergisst Regisseur Zwick nicht darauf, auch ihre menschlichen Seiten zu charakterisieren: Verzweiflung, Uneinigkeit und Angst wechseln sich mit Mut, Tapferkeit und Entschlossenheit ab. Eine besondere Note erfährt der Film dadurch, dass der Wald als Spiegel der Eindrücke und Stimmungen der Menschen verwendet wird. Die gelungene Kameraführung arbeitet dabei allgemein mit vielen Nahaufnahmen und geht auch manchmal ins epochal-biblische. So erinnert die Flucht der PartisanInnen durch einen Sumpf fast ein wenig an den Auszug der Israeliten aus Ägypten. Abgerundet wird das Ganze durch einen Soundtrack von James Newton Howard.

Auch wenn sich die Charakteristika typischer Hollywoodstreifen in „Defiance“ wiederfinden – natürlich darf auch etwas Romantik dabei nicht fehlen – so ist es Zwick doch gelungen, manche sensible Themen in seinem Film zumindest anzureißen. So erklärt etwa ein Offizier der benachbarten sowjetischen PartisanInnen: „Jews don't fight“. Gegen dieses Vorurteil kämpft Zwick mit seinem Film an. Und gerade angesichts der Verfolgung, der sich jüdische PartisanInnen heute v.a. in Litauen gegenübersehen, tut er gut daran, der breiten Öffentlichkeit in Erinnerung zu rufen, in welcher Situation sich diese damals befanden.

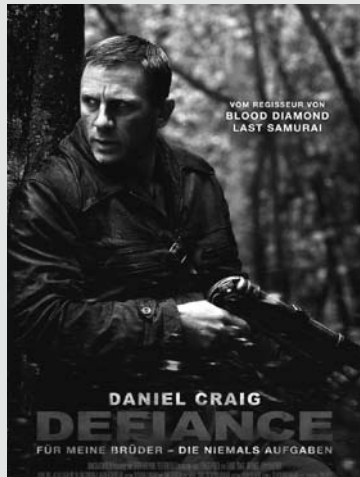
Der erwähnte Offiziersausspruch ruft aber auch die Reserviertheit der sowjetischen PartisanInnen gegenüber ihren jüdischen Verbündeten in Erinnerung. Zwar kommt es zu Hilfeleistungen gegenüber diesen, gleichzeitig werden aber auch antisemitische Einstellungen innerhalb der sowjetischen PartisanInnen dargestellt.

Wer sich auf herkömmliche Kinoberieselung freut, ist hier sicher fehl am

Platz und auch das Popcorn blieb während der Premiere ob der Thematik Großteils unberührt. Der Film hinterlässt einen tiefen Eindruck, das Leben in den Wäldern, die Härte des Winters und die persönlichen Konflikte berühren tief, obwohl ich mich anfänglich auf den einstudierten weißrussischen Akzent der Schauspieler einstellen musste. Nicht nur ich fand den Film sehenswert – auch Jack zeigte sich sehr zufrieden. Ihn zu kennen, ließ mich den Film mit anderen Augen sehen. Er war Teil dieser Widerstandsgruppe und so konnte auch er den Film in einem anderen Licht sehen: mit der Gewissheit, dass man sich durch diesen Film mehr als zuvor an ihren antifaschistischen Kampf erinnern wird.

Philipp Engel

leistet Gedenkdienst am London Jewish Cultural Centre



„Defiance“

Constantin Film
Regie: Edward Zwick
Darsteller: Daniel Craig, Liev Schreiber, Jamie Bell, George MacKay

Kinostart in Österreich: 24. April 2009

Wir verlosen 2 x 2 Kinogutscheine für „Defiance“ – zur Verfügung gestellt von Constantin Film.

Teilnahme:

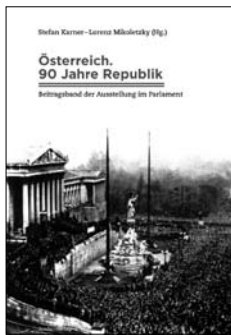
E-Mail an:
konstantin.wacker@gedenkdienst.at

oder Brief an:
Gedenkdienst, Rabenstein 3/18, 1010 Wien
Betreff: „Kinotickets“, senden.

Die Verlosung findet am 26. April 2009, 16 Uhr statt. Bewerbungen, die nach diesem Zeitpunkt eintreffen, können nicht mehr berücksichtigt werden. Vorstandsmitglieder und Angestellte von „Gedenkdienst“ sind nicht teilnahmeberechtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

90 Jahre Republik Österreich – eine Erfolgsgeschichte?

Stefan Karner, Lorenz Mikoletzky (Hrsg.): Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband zur Republikausstellung im Parlament. Studienverlag



www.republikausstellung.at

Am 12. November 1918 wurde die Republik Deutsch-Österreich ausgerufen. Viele Entwicklungen in Österreich sind nur mit dem Blick auf die Anfänge der Ersten Republik nachvollziehbar. Die Republikausstellung im Parlament – Modellversuch für das umstrittene „Haus der Geschichte“ – und der begleitende Sammelband setzen sich zum Ziel, diese Entwicklungslinien bis in die Gegenwart nachzuzeichnen. Beide schinden Eindruck mit einer Fülle von Material und wirken dennoch erstaunlich lückenhaft.

Die Republikausstellung ist in eine österreichische Ereignisgeschichte und einzelne Themenblöcke strukturiert, die sich eingehend mit Sachbereichen von Wirtschaft bis hin zur Religion auseinandersetzen. Die Erzählung beginnt mit der Gründung der Republik, setzt mit deren Anfängen und ihrem Auseinanderbrechen fort und stellt abschließend das Zusammenwachsen Europas und die Verortung Österreichs innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft dar. Vergleichsweise marginal wird die Zeit des Nationalsozialismus behandelt: Der „Anschluss“ und seine Vorgeschichte kommen zu kurz, Verfolgung, Widerstand, TäterInnen und Vergangenheitsbewältigung werden lediglich angeschnitten. Im Gegensatz zu dem kleinen Bereich, der den Opfern der NS-Verfolgung gewidmet ist, wirkt die Grafik über österreichische Kriegsoffer im Zweiten Weltkrieg überproportional. Der Ausstellungsband zeigt in seiner Gesamtheit eine ähnliche Schwerpunktsetzung.

Mit dem stattlichen Umfang von 636 Seiten versammelt der Band 54 Beiträge zumeist renommierter Namen aus Wissenschaft und Gesellschaft. Dementsprechend breit sind auch die Beiträge angelegt, die in ihrer Heterogenität mitunter eine gemeinsame Linie vermischen lassen. Das vorgelegte Spektrum garantiert allerdings auch die Auseinandersetzung mit spezifischen Themen wie die Anschlussbestrebungen der Bundesländer, ein Beitrag von Hellwig Valentin. Zudem wird Österreichs Geschichte auch aus dem Blickwinkel des Auslands charakterisiert. Der Band ist in Anlehnung an die Ausstellung in neun Kategorien gegliedert: Politik und Demokratie – als umfangreichstes Kapitel, Territorialfragen, Wirtschaft, Soziales/Bildung/Wissenschaft, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Kunst und Kultur, das Militär in Politik und Gesellschaft, Österreich im internationalen Gefüge, Identität und Erinnerung.

Die folgenschweren Auseinandersetzungen in der Ersten Republik fallen zugunsten einer konsensualen Darstellung unter den Tisch. Auch die Zeit nach 1938 wird dürrig behandelt. Unter den Beiträgen sind nur zwei AutorInnen, die sich explizit mit dem Nationalsozialismus und seiner Bewältigung auseinandersetzen: Der Artikel von Brigitte Bailer-Galanda behandelt das Thema Verfolgung und Widerstand in diesen Jahren, Winfried R. Garschas Beitrag beschreibt die Entnazifizierung, Volksgerichtsbarkeit und die Kriegsverbrecherprozesse der sechziger und siebziger Jahre. Zumeist

wird das Thema jedoch in Rahmen von Längsschnittdarstellungen abgehandelt. Das Kapitel „Identität und Erinnerung“ böte Platz für eine Auseinandersetzung mit der spezifisch österreichischen Erinnerungskultur und dem Umgang mit dem Nationalsozialismus, ein nicht unwesentliches Kapitel in der Identitätsfindung der Zweiten Republik, das Thema bleibt jedoch bedauerlicherweise ausgespart. Der Beitrag über die Entwicklung der Symbole der Republik von Peter Diem beschränkt sich auf Insignien wie die rot-weiß-rote Fahne oder das Staatswappen. Die Wirkmacht eines brennenden Stephansdoms hingegen, der in der Ausstellung groß abgebildet ist, wird nicht kritisch analysiert. Dort steht das Bild, das im Bildgedächtnis als Ikone des Bombenkrieges gegen Österreich gilt und Österreich als Opfer stilisiert, leider völlig unkommentiert.

Kurzum, ein neuer Sammelband zur Geschichte Österreichs, der sich bemüht, ein facettenreiches Bild der beiden Republiken mit dem Referenzdatum 1918 zu zeichnen. Eine gute Gelegenheit, sich in „90 Jahre Republik“ zu vertiefen. Der griffige Titel suggeriert Linearität – die Brüche durch Austrofaschismus und Nationalsozialismus werden damit ausblendet.

Ulrike Fleschhut

Geteilte Erinnerung: Die deutsch-tschechischen Beziehungen und die sudetendeutsche Vergangenheit

Samuel Salzborn, Peter Lang Verlag, 2008



Samuel Salzborn hat ein Buch geschrieben. Thematisch steigt er mit dem schmalen Band zurück zu den Anfängen seiner wissenschaftlichen Publizistik. Zwei Standardwerke verfasste er 2000 und 2001 zur Genese der (deutschen) Vertriebenenverbände. Beide sind späte Meilensteine einer Beschäftigung mit politischen Konzepten und Ideen der häufig ganz rechts stehenden Heimatvertriebenen. Im neuen Buch setzt er die dort gewonnenen Erkenntnisse mit jenen zusammen, die er unter dem Titel „Ethnisierung der Politik“ im Jahre 2005 zur Veröffentlichung brachte. Seinen Fokus legt er beim vorliegenden Text auf die Geschichte der deutschen Bevölkerungsteile innerhalb der ersten Tschechoslowakischen Republik und auf die mediale sowie außenpolitische Ausrichtung einer Politik der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) in Deutschland.

„Geteilte Erinnerung“ zeigt sich im Wesentlichen als eine logische Zusammenstellung von geschichtspolitischen Aufsätzen, die zur Hälfte im Jahr 2002/3, also kurz nach der enormen neueren Diskussion der Beneš-Dekrete und zur anderen Hälfte im Jahr 2006 in verschiedenen Fachzeitschriften erstmals veröffentlicht wurden.

70 Jahre nach der Zerstörung der ersten Cechoslowakischen Republik durch sudetendeutschen Terror erscheint die Arbeit als Band 3 der Reihe „Die Deutschen und das östliche Europa. Studien und Quellen“, herausgegeben von Eva Hahn und Hans Henning

Hahn. Samuel Salzborn lehrt derzeit Politikwissenschaften an der Universität Giessen und ist Fellow des Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism (SICSA) an der Hebrew University of Jerusalem.

Was meint „Geteilte Erinnerung“? Zuerst scheint der Titel eben die übliche Rede von zwei Nationen mit zwei unterschiedlichen Erinnerungen an eine gemeine konfliktreiche Geschichte zu bezeichnen.

Samuel Salzborn skizziert auch nur zwei „große Narrative der deutsch-tschech(oslowak)ischen Geschichte, die sich historisch ausschließen: die sudetendeutsche und die tschech(oslowak)ische Erzählung, [...]“ (S. 8), bemerkt allerdings, wie sehr es „zum Allgemeinut wissenschaftlicher Forschung geworden ist, dass die sudetendeutsche Sicht auf die gemeinsame Vergangenheit nur sehr wenig mit der historischen Realität korrespondiert“ (S. 9).

Im Verhältnis von kritisch-reflexivem Erinnern und identitärer Sinnstiftung, so Salzborn, werde die geschichtspolitische Kernfrage verhandelt, ob Geschichte adäquat interpretiert oder lediglich verwertet werden soll. Dass die Landsmannschaften sich zur Reflexion eher unwillig bis unfähig verhalten, zeigt Samuel Salzborn in zahlreichen Textpassagen und in der Analyse zweier Diskussionen zum Thema Beneš-Dekrete bzw. dem Zentrum gegen Vertreibungen.

Indem er sich mit der Volksgruppenkonzeption der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dem „Volksgruppenrecht“ auf europäischer Ebene befasst, verdeutlicht er, dass klare Grenzen in Wissenschaft und Politik zwischen extrem rechter Ideologie und einem liberaleren Selbstverständnis manchmal nicht existieren. Sogenannte Völkerrechtler liefern seit der Zwischenkriegszeit die Konzepte für ein Volkstum, das sie selbst meist auch ganz praktisch begleiten. Die Erfindung des Sudetendeutschums ab 1918 haben sie wesentlich mitgestaltet.

Die Veröffentlichung von Samuel Salzborn verdeutlicht, wie sehr der Komplex „Flucht und Vertreibung“ einen scharfen politischen Blick nötig hätte. Nahezu alle deutschen Worte, die in diesem Zusammenhang Verwendung finden – vom Heimatrecht, über die Beneš-Dekrete bis zur Vertreibung – wurden von den Vertriebenenverbänden geprägt und arbeiten weiterhin für ihre politischen Ziele und Geschichtsbilder.

Es kann nur bedauert werden, dass in Österreich niemand bis heute in ähnlich systematischer Weise zum Geschichtsbild, zur Geschichtspolitik und zu außenpolitischen Konzepten der Vertriebenenverbände geforscht hat. Gar interessante Einzel- und Besonderheiten stünden zu erforschen. Bis dahin sollten nur Sudetendeutsche Samuel Salzborn weiterhin ungelesen wissen.

Tomáš Schoiswohl

war Gedenkdiener am Institut der Theresienstädter Initiative in Prag 2001/02

vor•gelesen|rezensionen

Kreisky-Haider: Bruchlinien österreichischer Identität

Anton Pelinka, Hubert Sickinger, Karin Stöger, Braumüller, 2008



www.braumueeller.at

Obwohl sich österreichische und jüdische Identitäten theoretisch keineswegs ausschließen, ist ihr Verhältnis in der Praxis sehr komplex. In der österreichischen Geschichte war und ist es nicht selbstverständlich, „jüdischer Österreicher“ oder „österreichische Jüdin“ zu sein. Viel mehr wurde man oft in eine der beiden Identitäten hineingedrängt und der Versuch, beide vereint zu leben, führt auch heute noch zu Kontroversen.

Um dieses Spannungsfeld zu untersuchen, bedarf es einer genauen Analyse, was die „österreichische“ oder „jüdische“ Identität tatsächlich ausmacht und wie sie konstruiert wird. Dieser Fragestellung gehen die Politikwissenschaftler Anton Pelinka und Hubert Sickinger sowie die Sozialwissenschaftlerin Karin Stöger im 2008 erschienenen Buch „Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten“ anhand von Fallstudien der beiden wohl markantesten Politiker der Zweiten Republik nach.

Bruno Kreisky, Ikone der Sozialdemokratie und Opfer des Nationalsozialismus und Jörg Haider, der das rechtspopulistische, nationale Lager wieder salonfähig machte und „immer wieder die auch die NSDAP und das NS-Regime mit einschließende Tradition dieses Lagers positiv hervorkehrte, standen für gegensätzliche Pole der österreichischen Geschichte“. Trotz klaren, grundlegenden Differenzen, gab es dennoch Ähnlichkeiten: Kreisky unterstützte den SS-Offizier Friedrich Peter und übte an Simon Wiesenthal deutlicher Kritik, als es Haider je vermocht hätte.

„Kreisky – Haider“ ist eine Analyse zweier Politiker, die für zwei gegensätzliche Zugänge zu österreichischer Geschichte und österreichischer Identität stehen, anhand derer die Geschichte des österreichisch-jüdischen Verhältnisses verständlich nachgezeichnet wird.

Thomas Rennert

Fahnenfluchten, Deserteure der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg – Lebenswege und Entscheidungen“

Magnus Koch, Ferdinand Schöningh Verlag, 2008

Über hundert deutsche und österreichische Wehrmachtssoldaten flohen offiziellen Statistiken zufolge bis August 1942 in die neutrale Schweiz, sechs Lebenswege und Biographien zeichnete der deutsche Historiker Magnus Koch für sein Buch „Fahnenfluchten“ nach. Anhand dieser Fallstudien wird untersucht, welche Erfahrungen, Beweggründe und Brüche Deserteure zu ihrer Entscheidung brachten, kritisch werden diese als Eigenkonstrukte und Selbstrechtfertigungen reflektiert.

Das reiche und akribisch recherchierte Quellmaterial, von den Vernehmungsprotokollen des Schweizer Geheimdienstes, über NS-Haftbefehle, Briefe und Autobiographien bis zu lebensgeschichtlichen Interviews, zeigt beeindruckend, in wie weit sich diese Selbstdeutungsmuster und Rechtfertigungen bei zunehmender Distanz verschieben und verändern. Zentral stellt Koch die Frage, wie Deserteure ihr Eigenbild als Soldat überwinden und letztlich mit damit verbundenen Männlichkeitsbildern brachen. Dabei werden durchaus Persönlichkeiten vorgestellt, die nicht unbedingt dem Klischee des Deserteurs entsprechen, das Brechen mit dem Kriegsdienst wird nicht unmittelbar mit dem Bruch mit der NS-Ideologie gleichgestellt. Die angegebenen Motive reichen von Kriegsmüdigkeit und Todesangst, über soziale Abgeschiedenheit von der „Truppe“ bis zur Enttäuschung über gebrochene Versprechen der Nazis. Besonders wird hier die von den Nazis propagierte Gleichheit aller Soldaten im Widerspruch zur Kriegsrealität als Entscheidungsgrund hervorgehoben. Ohne zu werten oder zu idealisieren werden sechs Biographien denkbar unterschiedlicher Charaktere lesbar und kritisch aufbereitet und in einen gut strukturierten Vergleich gesetzt. Das Buch zeigt die Geschichte der Querdenker, Sturköpfe und Querulanten als spannende Lebenswege und mutige Entscheidungen.

Christoph Fischer

Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager

Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.), Band 8: Riga. Warschau. Kaunas. Vaivara. Plaszów. Klooga. Chelmo. Belzec. Treblinka. Sobibor, C.H. Beck, 2008



www.chbeck.de

Benz und Distel legen den mittlerweile achten – und vorletzten – Band ihrer großangelegten lexikalischen Abhandlung über das nationalsozialistische Lagersystem vor und schließen damit ihre chronologische Abhandlung aller deutschen Konzentrationslager ab. Somit steht nun ein umfassendes Nachschlagewerk auf mehr als 4.000 Seiten zur Verfügung, an dem besonders die Akribie in der Beschreibung der Außen- und Nebenlager beeindruckt. So finden sich manche von diesen erstmals in einer wissenschaftlichen Publikation. Immer wieder wurde im Rahmen des Erscheinens der Vorgängerbände in Fachkreisen die Kritik laut, dieses Projekt biete keinen systematischen und vergleichenden Überblick über die vorgestellten Lager, die strikt chronologische Reihung der Lager wurde bemängelt. Dieser Einwand mag berechtigt sein, doch fordert er etwas von dieser Publikation, wofür sie nur ein Ausgangspunkt sein kann. So notwendig eine Hinwendung zu einer strukturgeschichtlichen, komparativen Betrachtung der verschiedenen Teile des Systems der Konzentrationslager ist, braucht ein solches Vorhaben Literatur, die den

aktuellen Forschungsstand in seiner Gesamtheit darstellt. Genau das leistet die vorliegende Reihe und gerade deshalb wird sie zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für zukünftige Forschungs- und Erinnerungsarbeit werden. Zu wünschen wäre allerdings eine Taschenbuchausgabe, der Preis von 60 Euro pro Band ist einer breiten Rezeption wohl nicht zuträglich.

Matthäus Rest

Nazis auf der Flucht. Wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee entkamen.

Gerald Steinacher, Band 26, Studien Verlag, 2008



Stellenweise liest sich Gerald Steinachers Habilitationsschrift wie ein Agententhriller. Hauptschauplatz ist Südtirol, einzelne Szenen spielen in Westösterreich und Rom. Die Akteure sind NS-Kriegsverbrecher, die in erster Linie ihre Haut retten und nach Übersee fliehen möchten, wobei sie von Vertretern der katholischen Kirche und des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes – teils im vollen Bewusstsein ob der Vergangenheit der Hilfesuchenden, teils naiv ahnungslos – und vom amerikanischen Geheimdienst, der sich ihre Dienste sichern möchte, unterstützt werden. Der Plot ist aber keine Fiktion, sondern historische Realität, die zum ersten Mal in diesem Umfang aus den bislang weggesperrt gewesenen Quellen erschlossen wird. Diese Quellen hat Steinacher – Universitätsdozent in Innsbruck und München und Archivar am Südtiroler Landesarchiv in Bozen – in einschlägigen Archiven weltweit, die erst kürzlich ihre Bestände zugänglich gemacht haben, akribisch recherchiert und in packender Weise die Fluchtwege von Josef Mengele, Adolf Eichmann und vielen anderen NS-Verbrechern nachgezeichnet. Dabei räumt der Autor mit Mythen von obskuren Organisationen wie etwa „Odessa“ auf. Die historischen Begebenheiten, die Steinacher zu Tage befördert, erscheinen stellenweise beinahe noch unglaubwürdiger, etwa der tot geglaubte SS-Offizier Karl Hass, der in Viscontis „Die Verdammten“ (Italien 1969) sich selbst spielt. Steinacher rekonstruiert gekonnt die oft sehr vielschichtigen Beziehungsgeflechte einzelner Personen untereinander und zu verschiedenen Organisationen, wodurch er auch der Komplexität historischer Verantwortlichkeit gerecht wird. Das Aufsehen, das das Erscheinen dieses Bandes in der Fachwelt nach sich gezogen hat und ebenso die positiven Kritiken erscheinen angesichts dieser gelungenen historischen Rekonstruktion eines bislang im Dunklen gebliebenen Kapitels europäischer Nachkriegsgeschichte gerechtfertigt.

Johann Kirchknopf

Mit freundlicher Unterstützung durch:



ZukunftsFonds
der Republik Österreich



GEDENKDIENTST
A-1010 Wien, Rabensteig 3/18
tel +43 1 581 04 90
fax +43 1 581 04 90 90
office@gedenkdienst.at
www.gedenkdienst.at

Kontaktadresse